PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!

Rote Fahne

TRIBÜNE DER MARXISTEN-LENINISTEN IN DER KPÖ

Jgg.1964/1(5) 1.Jänner Einzelpreis S 3,--

WELTFRIEDENSRAT - WOHIN?

Am 22. November hatte die "Arbeiter-Zeitung" in einem "China im Angriff" betitelten Leitartikel mit Besorgnis festgestellt, daß "das Prestige Chruschtschows, während es im Westen steigt, unter den Kommunisten im Sinken ist". Jedoch knapp zwei Wochen später glaubte ihr "Ost-Spezialist" erleichtert aufatmen zu können und konstatierte:

> "Der Ausgang des sowjetisch-chinesischen Konfliktes in der Sitzung des kommunistischen Weltfriedensrates in Warschau ist ein Prestigegewinn für die sowjetische KP, den diese sehr gut gebrauchen kann."

Primarius Dr. SCHOLL, der als österreichischer Delegierter an der Tagung des Weltfriedensrates teilgenommen hatte und in der "Volksstimme" vom 6. Dezember über sie berichtete, kann jedoch den Optimismus der "Arbeiter-Zeitung" offenbar nicht recht teilen. Weiß er doch sehr wohl, daß die Tagung keineswegs so glatt verlaufen ist, wie es sich die Revisionisten gewünscht hätten. Gerade die Anhänger Chruschtschows waren äußerst bestürzt darüber, daß die Tagung durchaus nicht so "sorgfältig von Moskau vorbereitet worden" war, wie dies dem "A-Z"-Gewährsmann scheinen mochte. Genosse Scholl könnte die "Volksstimme"-Leser auch über den "diplomatischen" Charakter der "Erkrankung" von Prof. BERNAL aufklären, der über das undemokratische Vorgehen des sowjetischen Sekretariats bei der Vorbereitung der Warschauer Tagung dermaßen erbittert war, daß er es vorzog, der Tagung fernzubleiben. Genosse Scholl könnte ferner erzählen, daß in Warschau selbst die undemokratischen Praktiken der Konferenzleitung (Wortentzug für den koreanischen Delegierten, beschämende Krawallszenen der sowjetischen und indischen Teilnehmer während der Verlesung der chinesischen Vorschläge, Unterschlagung von Resolutionsentwürfen verschiedener Delegationen usw.) sogar so prominente Anhänger der Chruschtschow-

Aus dem Inhalt:

Linie wie den Italiener VELIO SPANO angewidert haben. Dennoch glaubt Genosse Scholl augenscheinlich das Hauptargument zugunsten dieser schädlichen Linie darin zu erblicken, daß - wie er in seinem Bericht mehrmals betont - die Mehrheit der Delegierten gegen die chinesischen Vorschläge gestimmt hat.

Tatsächlich haben von den weit über 400 Teilnehmern 230 gegen den chinesischen Resolutionsentwurf gestimmt, für den 38 Stimmen abgegeben wurden, während 18 Delegierte Stimmenthaltung übten und zahlreiche andere sich an der Abstimmung nicht beteiligten.

Ist aber eine Meinung allein dadurch, daß sie von einer Mehrheit unterstützt wird, auch schon richtig?

In Österreich stimmen seit 18 Jahren bei allen Nationalratswahlen 95 Prozent der Wählerschaft und mehr für die bei uns herrschende kapitalistische Gesellschaftsordnung und gegen unsere Partei; dennoch sind wir Kommunisten der Ansicht, daß unsere Politik den wahren Interessen von neun Zehnteln der Bevölkerung unseres Landes entspricht und nicht die Politik der Mehrheitsparteien samt FPÖ. In der UNO pflegten die Amerikaner jahraus jahrein eine gehässige Resolution gegen das sozialistische Ungarn durchzupeitschen; dennoch war die sowjetische Delegation stets im Recht, wenn sie die schmutzige Manipulation mit der mechanischen Majorität der von den USA direkt oder indirekt abhängigen Regierungen anprangerte.

Die Richtigkeit einer Meinung wird also nicht daraus erkennbar, ob ihr in diesem oder jenem Fall eine Mehrheit huldigt, sondern nur daraus, ob sie die objektive Lage in der Welt und die wirklichen Interessen der Völker richtig widerspiegelt.

Welche Meinung vertraten nun die chinesischen Delegierten in Warschau? In ihrem Entwurf für die allgemeine Resolution des Weltfriedensrates wird der amerikanische Imperialismus ausdrücklich als der Todfeind des Weltfriedens bezeichnet und der Moskauer Dreimächte-Vertrag ("Teststop-Vertrag") als großer Betrug verurteilt, mit dem die Völker der Welt zum Narren gehalten werden.

Das wirksamste Mittel, um den Weltfrieden zu gewährleisten, ist der unermüdliche Kampf der Völker gegen den Imperialismus.

"Der Imperialismus ist die Quelle der Kriege in unserer Zeit", heißt es wörtlich im chinesischen Entwurf.

"Der Weltfriedensrat ruft die Völker aller Länder auf, sich auf breitestmöglicher Basis zusammenzuschließen und gegen die Politik der Aggression und des Krieges, die von den Imperialisten mit den USA an der Spitze betrieben wird, für das Verbot des Gebrauches, der Lagerung, der Erzeugung, der Erprobung, der Ein- und Ausfuhr von Kernwaffen, für die völlige Zerstörung aller Kernwaffen, für die Errichtung atomwaffenfreier Zonen, für die allgemeine Abrüstung und gegen ausländische Militärstützpunkte und Truppenstationierungen auf fremdem Boden unablässig zu kämpfen."

In dem Entwurf wird betont, daß der Kampf für die nationale Befreiung und für die Verteidigung der nationalen Souveränität eine mächtige Kraft im Interesse des Weltfriedens ist. Es ist eine Untergrabung und Schädigung der nationalen Unabhängigkeitsbewegung, wenn man diese der allgemeinen und totalen Abrüstung unterordnen will und wenn man behauptet, daß die friedliche Koexistenz Vorbedingung der nationalen Unabhängigkeit wäre. Die Propagandalosung, daß die Imperialisten das bei einer Abrüstung eingesparte Geld für Hilfe-

leistung an "unterentwickelte Länder" verwenden sollten, bedeutet ein Opium, mit welchem die Völker betäubt werden sollen, was lediglich den Imperialisten bei der Durchführung ihrer neokolonialistischen Politik dienlich sein kann.

"Die Völker der Welt müssen ihre Einheit stärken, in ihrem Kampf ausharren und die Verantwortung für den Frieden auf ihre Schultern nehmen, damit ein neuer Weltkrieg verhindert und der Weltfrieden gesichert werde",

heißt es abschließend im chinesischen Entwurf.

Ist das richtig? Die Tatsachen beweisen, daß es richtig ist und auf der Konferenz haben das auch zahlreiche Delegierte bekräftigt.

\+ + +

Eine jener grundsätzlichen Fragen, mit denen sich die Konferenz -merkwürdigerweise zum Bedauern des Genossen Scholl - immer wieder auseinanderzusetzen hatte, ist die FRAGE, WER EIGENTLICH DER FEIND DES FRIEDENS IST, gegen wen sich der Kampf der Weltfriedensbewegung also zu richten habe.

Der koreanische Vertreter verwies auf die Tendenz in den Reihen der Friedensbewegung, die wahren Quellen der Kriege zu verdunkeln und den antiimperialistischen Charakter der Friedensbewegung zu leugnen, wodurch der Friedenskampf der Völker behindert wird. Er zeigte, daß die Politik der amerikanischen Imperialisten darauf hinausläuft, die Völker zu betrügen und unter dem Deckmantel von Friedenslosungen ihre Aggressionsakte zu verüben. Wahrhafte Kämpfer für den Frieden müssen diese betrügerische Taktik entlarven und die Völker zu einem entschlossenen Kampf für die Verteidigung des Weltfriedens ermutigen, betonte er.

Der Leiter der japanischen Delegation, der bekannte Friedenskämpfer YOSHITARO HIRANO, sagte:

"Auf dieser Tagung haben viele Delegierte behauptet, der Feind des Friedens wäre der Krieg. Wir können mit dieser Ansicht nicht einverstanden sein. Der Krieg existiert doch nicht an und für sich. Er wird von jenen gemacht, die ihn entfesseln. Unser Kampf für den Frieden ist ein Kampf gegen jene, die Kriege verursachen, die sich zur Auslösung von Kriegen verschwören und die ihre Kernwaffen als Erpressungsmittel benützen, um andere Nationen zu unterjochen. Es ist doch eine mehr als eindeutige Tatsache, daß die vom amerikanischen Imperialismus angeführten imperialistischen Kräfte eben jene Quelle der Kriege darstellen."

Ein indonesischer Delegierter rief aus:

"Den Völkern ist bereits klar geworden, daß der Imperialismus die Quelle des Krieges, der Aggression, der Unterwühlung und der Einschüchterung ist."

Man muß einen unerbittlichen Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus führen, betonte der Vorsitzende des vietnamesischen Friedenskomitees.

"Die Imperialisten und die Kolonialisten sind Quellen des Krieges, weil sie Ausbeuter und Schlächter sind. Der amerikanische Kolonialismus ist die typische und gefährlichste unter allen Formen des alten und des neuen Kolonialismus."

Der vietnamesische Delegierte erinnerte daran, daß seit Ende des Zweiten Weltkriegs die USA sowohl ihren "kalten Krieg" als auch immer wieder heiße Kriege führen. Der amerikanische Imperialismus wolle auf jegliche Weise die sozialistischen Länder unterwühlen und in ihnen eine "friedliche Evolution" in der Richtung auf die Wiederherstellung des Kapitalismus herbeiführen.

Der mexikanische Delegierte MONTANO GUILLERMO wandte sich dagegen, daß leere, abstrakte Parolen ausgegeben werden, anstatt daß die Forderungen der breiten Massen im Kampf gegen den Imperialismus und für den Frieden berücksichtigt werden. Der Frieden ist für die Völker Lateinamerikas etwas Konkretes, sagte er; er bedeutet Widerstand gegen den Imperialismus; er bedeutet nationale Selbstbestimmung, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer, Sicherung der nationalen Souveränität, Auflehnung gegen Ausbeutung und Unterdrückung.

Der Vertreter von Mozambique klagte die NATO-Mächte an, Portugal bei der Niedermetzelung der Bevölkerung in seinen afrikanischen Kolonien militärische Hilfe zu erweisen, und sagte:

"Jeder von uns führt einen nationalen Freiheitskampf in seinem eigenen Land und verteidigt damit aufs beste den Frieden."

+ + +

Eine zweite damit verbundene grundsätzliche Frage war die, ob es "gute" und"schlechte" Imperialisten gäbe. Diese Frage wurde praktisch schon ganz zu Beginn der Tagung aufgeworfen, als der französische Katholik JACQUE MADAULE in seinem Referat über Atomkriegsdrohung und Abrüstung zu einer Gedenkminute für Kennedy aufrief, dem er "guten Willen" für die Sache des Friedens zubilligte.

Es stimmt nicht, wenn Genosse Scholl behauptet, daß "die meisten Anwesenden sich spontan von ihren Sitzen erhoben". Vielmehr war diese Demonstration für den ermordeten Chef des amerikanischen Imperialismus mit Vorbedacht arrangiert worden. Die Aufforderung zu einer Schweigeminute war in dem vorbereiteten Text des Referates, von dem das Präsidium des Weltfriedensrates Kenntnis hatte, nicht enthalten. Die Veranstalter der Tagung wollten offensichtlich die Delegierten überrumpeln. Noch war der Vorschlag MADAULES nicht ins Englische übersetzt worden, als schon Scheinwerfer aufleuchteten und Wochenschaukameras zu surren begannen, um diesen "historischen Augenblick" festzuhalten. Als erster erhob sich mit Trauermiene der Führer der Sowjetdelegation, KORNEJTSCHUK, dem sogleich die indischen Teilnehmer folgten. Die Delegierten Chinas, Vietnams, Koreas, Japans, Indonesiens, der südvietnamesischen Befreiungsfront, Albaniens und einiger anderer europäischer Länder machten die Kundgebung für Kennedy nicht mit.

Ein chinesischer Vertreter gab folgende Erklärung ab:

"Wir wären nicht aufrichtig allen unseren Freunden gegenüber, die an dieser Konferenz teilnehmen, noch wären wir uns selbst gegenüber ehrlich, wenn wir nicht unsere Stimme zum Protest gegen diesen Vorschlag erhöben. Diese Tagung ist eine Veranstaltung von Vertretern aus vielen verschiedenen Ländern. Sie haben nicht nur verschiedene politische Ansichten, sondern ihre Länder haben auch unterschiedliche Beziehungen zu den USA. Deshalb ist es höchst unpassend, in dieser Sitzung einen Vorschlag zur

Ehrung des toten Präsidenten der USA einzubringen. Unsere Tagung soll Fragen des Weltfriedens erörtern, Fragen, die den Kampf gegen den Feind des Friedens betreffen. Sie sollte nicht dazu benützt werden, um Führer der USA-Regierung zu lobpreisen, einer Regierung, die eine Politik der Intervention, des Krieges und der Aggression in der ganzen Welt durchführt. Anstatt dem toten Präsidenten der USA Tribut zu zollen, der an der Spitze der größten imperialistischen Macht stand, sollte unsere Tagung allen jenen Männern und Frauen die Ehre erweisen, die im heldenhaften Kampf gegen die Aggression des amerikanischen Imperialismus, für die Verteidigung des Weltfriedens, für nationale Befreiung und gegen Rassendiskriminierung ihr Leben lassen mußten."

Viele Delegierte traten auf den Redner zu und beglückwünschten ihn zu dieser Erklärung, unter ihnen in erster Reihe Vertreter der USA selbst, dann Delegierte aus Chile, Schweden, sowie aus Mozambique, Uganda und anderen afrikanischen Ländern. Die belgische Delegation verlangte das Wort, um die chinesische Erklärung zu unterstützen; es wurde ihr jedoch nicht erteilt. Die japanische Delegation übergab dem Präsidium eine schriftliche Stellungnahme, in der es u.a. heißt:

"Unter dem System der neuen aggressiven Kernstrategie in Asien, die von der Kennedy-Regierung ausgearbeitet wurde, ist Japan rasch zu einem wichtigen Militärstützpunkt des USA-Imperialismus in Asien geworden und betreibt es jetzt eifrig seine eigene Atom-Aufrüstung. Für das japanische Volk, das den Frieden und die Unabhängigkeit wünscht und dafür kämpft, ist Präsident Kennedy jene Person, die am meisten für die Politik des Krieges und der Verletzung der Souveränität anderer verantwortlich war. Das japanische Volk kann anläßlich des Todes von Präsident Kennedy keine Gefühle des Beileids im Namen des Friedens ausdrücken."

Der Führer der koreanischen Delegation protestierte energisch gegen die Ehrung Kennedys und erklärte:

"Eine solche Handlung ist eine unerträgliche Beleidigung des koreanischen Volkes und der Völker aller Länder, die gegen die Aggression des amerikanischen Imperialismus kämpfen. Sie ist entehrend für den Weltfriedensrat und ein Schandfleck für die Friedensbewegung."

Der Vertreter Südvietnams betonte, daß die USA unter Kennedy eine "spezielle Kriegsführung" in Südvietnam praktiziert haben, wo in den letzten neun Jahren 160.000 Einwohner infolge der amerikanischen Intervention getötet wurden.

"Im Namen des Volkes meines Landes, wo unter dem Feuer amerikanischer Waffen täglich viele Menschen fallen, protestiere ich entschieden gegen dieses schändliche Vorgehen", sagte er.

Manche Leute rühmten Kennedy gleichsam als einen "Friedensengel", indem sie behaupteten, er habe "beträchtlich zur Auffindung friedlicher Wege beigetragen" (KORNEJTSCHUK), und die Friedenssehnsucht der Völker hätte in Kennedy "ihren Ausdruck gefunden" (SPANO). Deren Ansicht teilt offenbar auch Genosse Scholl, wenn er Kennedy zu den "weniger gefährlichen" Elementen des Imperialismus zählt. Uns scheinen aber gerade jene Feinde des Friedens am gefährlichsten, die ihre Aggressionen mit heuchlerischen Friedensphrasen tarnen möchten! Wir stimmen daher YOSHITARO HIRANO zu, der die doppelzüngige Politik des USA-Imperialismus aufdeckte: einerseits pflegte die Kennedy-Regierung viel vom Frieden zu reden, anderer-

seits führte sie Aggressionskriege in Südvietnam und Laos, bereitete sie einen neuen Krieg in Korea vor.

> "Der amerikanische Imperialismus entfaltet einen Rauchvorhang des 'Friedens', um seine aggressive Natur zu verhüllen und die Wachsamkeit der Völker der Welt einzuschläfern",

betonte der japanische Friedenskämpfer.

+ + +

Entscheidend unter allen diskutierten grundsätzlichen Fragen (weil für die weitere Entwicklung der Friedensbewegung bestimmend) war die Frage der Rolle, welche die Parole "allgemeine und totale Abrüstung" im Kampf der Weltfriedensbewegung zu spielen hat. Es gab niemanden unter den Teilnehmern der Warschauer Konferenz, der diese Parole nicht als Ausdruck des Endziels der Weltfriedensbewegung bejaht hätte und nicht für die ständige Propagierung dieses Ziels eingetreten wäre. Während aber die einen in geradezu verblüffender Weltfremdheit und Naivität die Illusion verbreiteten, daß die Imperialisten zu einer völligen Abrüstung sich bereit finden und dennoch weiter Imperialisten bleiben könnten, vertraten die anderen die durchaus realistische, den objektiven Gegebenheiten entsprechende Ansicht, daß die Imperialisten niemals freiwillig die Waffen aus der Hand geben, mit denen sie ihr eigenes Volk unterdrücken und andere Völker in Botmäßigkeit halten, sondern daß ihnen diese Waffen nur in einem zähen Kampf aus der Hand geschlagen werden können.

Dieser Kampf der Völker wird gemäß den konkreten Bedingungen und Möglichkeiten in jedem einzelnen Land geführt:

Die sozialistischen Länder entlarven jede Aggressionshandlung der Imperialisten, jeden Schritt, den diese zur Vorbereitung eines neuen Krieges tun, vor der Weltöffentlichkeit; sie zwingen, gestützt auf den aktiven Kampf der Volksmassen in allen Ländern, bei internationalen Verhandlungen die Imperialisten, wenn auch kleine, so jedenfalls echte Konzessionen im Interesse der Abrüstung und der Verminderung der Kriegsgefahr zu machen; und sie halten ihre eigenen Streitkräfte, die lediglich dem Frieden dienen, beständig auf einer solchen Höhe, daß die Kriegsdrohung der Imperialisten gegen sie paralysiert wird; die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas fügen heute den Imperialisten die empfindlichsten Schläge zu, indem sie ihnen Militärstützpunkte entziehen, ihnen nach und nach das gewaltige Hinterland wegnehmen, aus dem die Imperialisten stets die wichtigsten Reserven für ihre Raubkriege heranzogen, indem sie das diplomatische Manöverfeld des Imperialismus entscheidend einengen; die Völker Westeuropas und Nordamerikas leisten ihren bedeutsamen Beitrag zum allgemeinen Friedenskampf, indem sie die wirtschaftliche und ideologische Militarisierung in ihren Ländern behindern, eine Verbesserung der Lebenshaltung der Werktätigen auf Kosten der Rüstungsausgaben durchsetzen, der Hetze gegen die sozialistischen Länder und gegen die nationale Befreiungsbewegung furchtlos entgegentreten, sich nicht für imperialistische Abenteuer mißbrauchen lassen, die nur ihre eigene Existenz tödlich gefährden können. Alle diese Kämpfe erschüttern von Grund auf das gesamte System des Imperialismus und führen immer näher zum Endziel der allgemeinen und totalen Abrüstung heran, die zugleich das Ende dieses völkermordenden Raubsystems sein wird.

Ist es nicht ein Widersinn, wenn der erwähnte Prof. MADAULE einerseits das von den Delegationen Chinas und anderer Länder Asiens und Afrikas energisch geforderte allgemeine Verbot der Atomwaffen, das durchaus realisierbar ist, als "rein utopisch" bezeichnet, andererseits aber alle konkreten Ziele des Kampfes der Weltfriedensbewegung von der Herbeiführung einer "Welt ohne Waffen" abhängig machen will, die es doch nicht geben kann, solange es den Imperialismus gibt? Mit Recht sagte der Leiter der japanischen Delegation:

> "Wir sind damit einverstanden, daß völlige Abrüstung und friedliche Koexistenz wichtige Aufgaben der Friedensbewegung sind. Jedoch können totale Abrüstung und friedliche Koexistenz nicht durch bloße Reden verwirklicht werden. Der Weg zu diesen Zielen kann nur geöffnet werden, wenn alle Arten des Kampfes für den Frieden zu einem einheitlichen Strom zusammengefaßt werden und wenn jeder konkrete Kampf entschlossen und wirksam durchgeführt wird. Wir glauben, daß die Weltfriedensbewegung jetzt ihre Energie auf den entschiedenen Kampf gegen jede und jegliche Kriegspolitik der Imperialisten konzentrieren und die Volksmassen für diesen Kampf mobilisieren soll.
> Wir sind daher der Meinung, daß die Beschränkung der Linie der Friedensbewegung auf Abrüstung und friedliche Koexistenz dazu führen würde, daß der Weg des wirksamen Kampfes blockiert wird."

Wenn Genosse Dr. Scholl die Ansicht vertritt, daß "mit einer solchen Einstellung die Friedensbewegung sich selbst verneinen würde", so zeigt die ganze Geschichte der Weltfriedensbewegung, daß genau das Gegenteil richtig ist: der konkrete Kampf gegen die amerikanische Aggression in Korea hat wesentlich dazu beigetragen, daß die Imperialisten zum Waffenstillstand gezwungen wurden, und der berühmte Stockholmer Appell zur Ächtung der Atombombe hat zu einer Zeit, da die USA noch praktisch über das Atommonopol verfügten, den Einsatz amerikanischer Atomwaffen in Korea und in Indochina mit verhindert.

Solange die Weltfriedensbewegung auf den Kampf der Volksmassen vertraute und diesen Kampf organisierte, stellte sie einen realen, imposanten Machtfaktor dar. Wohin wird aber diese gewaltige Bewegung der Völker letzten Endes gelangen, wenn sich der Weltfriedensrat praktisch zu einem Werkzeug der Kuhhandels-Politik einiger Atommächte herabwürdigen läßt?

K.W.

ECHTER KLASSENKAMPF ODER FAULE "MITBESTIMMUNG"

Am 14. Dezember 1963 beschloß das Polbüro unserer Partei eine Erklärung, die das "Mitbestimmungsrecht der Arbeiter" in den verstaatlichten Betrieben fordert. Tags zuvor veröffentlichte die "Volksstimme" einen diesbezüglichen Vorschlag der an der Regierung befindlichen norwegischen SP-Führung, der offenbar eine Vorstellung davon geben soll, wie eine solche "Mitbestimmung" aussehen könnte. Ausdrücklich schreibt die "Volksstimme", daß der norwegische Vorschlag besonders im Zusammenhang mit der in Österreich durchgeführten Diskussion interessant ist und einen zielführenden Weg zur Mit-

bestimmung zeigt. Der Kern des norwegischen Vorschlags besteht darin, in den Aufsichtsrat der Großbetriebe ein Drittel Vertreter der Arbeiter und Angestellten und zwei Drittel Vertreter der Aktionäre zu entsenden. Dieser neugebildete Aufsichtsrat (der dann den schöneren Namen "Betriebsversammlung" haben soll), werde mehr Befugnisse erhalten als er bisher innehatte, die Gewerkschaften aber würden trotzdem ihre Selbständigkeit wahren und in erster Linie die Interessen der Arbeiter vertreten.

Eine ganz tolle Sache! Da tritt eine NATO-Regierung schlicht und einfach dem Togliatti-Verein für "schöpferischen Marxismus" und "Strukturreformen" bei und die anderen NATO-Mitglieder und sonstigen Kapitalisten nehmen diesen großartigen Schritt auf dem friedlichen Weg zum Sozialismus mit Gelassenheit zur Kenntnis!

Aber Spaß beiseite. Für uns besteht leider kein Anlaß zum Spassen. Denn was da propagiert wird, ist ja fast noch schlimmer als die österreichische "Paritätische Kommission"! Welche merkwürdige Vorstellung von Demokratie spricht doch allein schon daraus, den Interessenvertretern einer Handvoll von Aktionären und Kuponschneidern doppelt soviel Sitze und Stimmen zuzuweisen als den Delegierten sämtlicher Arbeiter und Angestellten des Betriebs! Wobei allein schon durch diese originelle "Parität" gesichert ist, daß die Direktion bzw. der Vorstand völlig in den Händen der Profitmacher bleibt!

Doch selbst davon abgesehen: Was bedeutet es denn, wenn irgendein Gewerkschaftsvertreter des Betriebes neben einem Kapitalisten in einem Aufsichtsratssessel sitzt? Kann er auf Grund des "Einblicks" in die Bilanzen, die man ihm dort zeigen wird, mehr Lohn und mehr soziale Rechte für seine Arbeitskollegen herausschlagen oder gar durchsetzen, daß die Kapitalisten, denen die Betriebe - ob verstaatlicht oder nicht - letzten Endes dienstbar sind, auf einen Teil des Mehrwerts zugunsten der Arbeiterschaft verzichten? Daß das nicht der Fall sein kann, weiß selbst der jüngste Lehrbub im Betrieb.

Welche Rolle wird also der "Arbeitervertreter" im Aufsichtsrat spielen?

Er wird angeblich authentische Bilanz- und sonstige Betriebsberichte vorgesetzt bekommen; ja, es wird ihn sogar der eine oder andere Obermanager "vertrauensvoll" ins Gespräch ziehen - nur um klipp und klar zu "beweisen", daß man "wirtschaftlicher arbeiten", daß man Betriebe "zusammenlegen" müsse, daß es "vorteilhafter" wäre, sich mit dem oder jenem zu fusionieren, daß der Arbeiter XY aus der Abteilung Z herausmüsse ("ein ewiger Krakeeler, der nichts leistet"), daß Rationalisierungs- oder Abbaumaßnahmen leider "unvermeidlich" seien usw. Das heißt, daß der Arbeitervertreter unter dem Motto der "Mitverantwortung" systematisch mit den Profitsorgen der Aktionäre belastet und Schritt für Schritt auf die Seite des Unternehmers gezogen wird. Es ist klar, daß echte Entscheidungen über das Schicksal des Betriebes gar nicht in seiner Anwesenheit getroffen werden, sondern die "gemeinsamen" Sitzungen nur dazu benützt würden, um mit Hilfe der "Arbeitervertreter" unpopuläre Maßnahmen durchzusetzen, die Kampfeinheit der Arbeiter im Betrieb zu sabotieren, eine Abteilung gegen die andere auszuspielen, die Facharbeiter gegen die Hilfsarbeiter usw. Man würde den Delegierten der Belegschaft den

Konkurrenzkampf des Betriebes schmackhaft machen ("Sie sind ja jetzt am Florieren unseres Betriebes genau so interessiert wie wir, nicht wahr?"), damit die Solidarität der Arbeiterschaft von Betrieb zu Betrieb zerbrechen und die Arbeiterschaft im ganzen Land aufsplittern!

Und ausgerechnet so ein Zustand sollte verhindern, daß unsere österreichischen verstaatlichten Betriebe - einzeln oder insgesamt - noch stärker als bisher unter die Kontrolle der internationalen Monopole geraten, sollte einer verstärkten Mobilisierung dieser Betriebe im Sinne der Profitinteressen des österreichischen Kapitals entgegenwirken und den Kampf gegen die forcierten Bestrebungen erleichtern, den "revolutionären Schutt" der sozialen Errungenschaften in diesen Betrieben zu beseitigen?

Diese Art von "Mitbestimmung" in den Betrieben bedeutet ebenso wie die "Koalition" in der Regierung und die "Sozialpartnerschaft" in den Wirtschaftsausschüssen nicht eine Schwächung, sondern eine Stärkung der Macht der Großkapitalisten,

weshalb solche und ähnliche Projekte neuerdings in allen kapitalistischen Ländern Westeuropas propagiert werden (siehe auch ähnliche Projekte in England).

Es fragt sich nur, was die Initiatoren des Polbüro-Beschlusses veranlaßt hat, die "Mitbestimmung" im "Wirtschaftsbeirat" der Paritätischen Kommission abzulehnen, deren Ebenbild weiter unten aber geradezu als Ausweg anzupreisen. Ist diese vorläufig noch vertretene Ablehnung der "Mitbestimmung" oben etwa nur ein Übergangsstadium, eine Konzession an die Vergangenheit, der bald auch die offene Begrüßung des "Wirtschaftsbeirats" und der "Paritätischen" folgen soll - oder haben sich ein paar Überschlaue ausgerechnet, daß sie das, was die SP-Führer im Großen machen, vorläufig erst nur im Kleinen praktizieren können?

Ob oben oder unten - für einen Kommunisten kann die Perspektive, sich einmal "Aufsichtsrat" nennen zu dürfen, keinerlei Reiz haben.

Die klassenbewußten Arbeiter in den Betrieben haben unseren Genossen nicht ihr Vertrauen geschenkt, damit diese im Kleinen machen, was die SP-Führer im Großen durchführen.

Was in Anbetracht der verstärkten Offensive der in- und ausländischen Kapitalisten gegen die Kampfpositionen der österreichischen Werktätigen in der Schlüsselindustrie und insbesondere im Zusammenhang mit den in letzter Zeit verstärkten Bestrebungen der Einbeziehung unseres Landes in die EWG besonders not tut, ist eine Stärkung des Klassenbewußtseins und des Solidaritätsgefühls der Arbeiter. Wer soll ihnen das geben, wenn nicht unsere Genossen? Wer soll die Arbeiter gegen die Offensive des Kapitals in den Kampf führen, wenn nicht die revolutionäre Vorhut der Arbeiterklasse, die die Kommunisten sein müssen, wenn sie eine Daseinsberechtigung haben wollen?

Um jeden Groschen und um jeden Mann, um jeden Fußbreit Boden und um die Verteidigung und den Ausbau jeder sozialen Errungenschaft muß der Klassenkampf der Arbeiter geführt werden.

Nur durch den Kampf, der auch vor harten Konsequenzen nicht zurückscheut, nicht aber durch die Unterstützung fauler SP-Projekte, werden wir die Arbeitereinheit zusammenschweißen können, die letzten Endes die Kapitalisten zum Rückzug zwingen wird.

J.

Abonniert die "ROTE FAHNE"!

Der ausgezeichnete Erfolg, den die in ganz Österreich durchgeführte Sammlung für den Gründungs- und Untersützungsfonds der "ROTEN FAHNE" bisher hatte - wir berichten an anderer Stelle darüber - hat die Durchführung unseres Plans, die "ROTE FAHNE" im Jahre 1964 regelmäßig zweimal monatlich mit zusammen mindestens 500 Seiten herauszugeben, bereits gesichert.

Andererseits ist es uns aus verständlichen Gründen aber natürlich nicht möglich, die "ROTE FAHNE" jenen ihrer Freunde und Interessenten, die sie bisher kostenlos bezogen, auch in Hinkunft immer gratis zur Verfügung zu stellen. Wir laden sie daher ein, die "ROTE FAHNE" zu abonnieren, um ihre weitere regelmäßige Zusendung zu gewährleisten.

Der Preis für ein Jahresabonnement beträgt S 65,-- (Halbjahr S 35,--) und sichert neben der Zusendung der laufenden Nummern auch die kostenlose Belieferung mit allen erscheinenden Sondernummern sowie mit einer Reihe wichtiger Broschüren und Informationsmaterialien. Wir bitten, sich bei der Überweisung der beiliegenden Erlagscheine zu bedienen und auf deren Rückseite zu vermerken, welchem Zweck die Zahlung dient (Jahresabonnement, Halbjahresabonnement, Spende o.dgl.).

EINE BISHER UNVERÖFFENTLICHTE REDE FRIEDL FÜRNBERGs

Auf dem Plenum des Zentralkomitees der KPÖ vom 17.Mai 1958 hat Genosse Friedl Fürnberg zum Konflikt mit Jugoslawien Stellung genommen. Die Rede wurde auf Tonband aufgenommen und danach von den Stenotypistinnen des Sekretariats niedergeschrieben, jedoch nicht veröffentlicht. Da uns die Rede gerade angesichts der neuesten Erklärungen Friedl Fürnbergs über Jugoslawien besonders interessant erscheint, holen wir anschließend ihre Veröffentlichung nach. Im Interesse der Authentizität haben wir auch auf eine stilistische Bearbeitung verzichtet.

Die Redaktion

"Manchmal hört man die Frage, vielleicht wäre es besser gewesen, wir hätten über Jugoslawien geschwiegen, ihr Programm angenommen und fertig. Die Sache ist aber so, daß wir als Kommunisten, wenn wir das so machen würden, einen schweren Fehler begehen würden! Die chinesische Partei hat in allen wesent-

lichen Punkten recht. Alles, was s: sagen, erinnert an das, was Lenin sagte: 'Die beste Politik ist die prinzipielle Politik'. Das hat gerade die Vergangenheit gezeigt... Die ideologischen Differenzen brechen immer wieder hervor; und es ist schon besser, einmal Klarheit zu schaffen... Man muß Alarm schreien und auftreten, und sagen, um was es geht!...

Im Jahre 1957 hat bekanntlich im August in Rumänien eine Besprechung stattgefunden zwischen den jugoslawischen und den sowjetischen Genossen. Das war nach den ungarischen Ereignissen, wo es mit Jugoslawien bekanntlich ein scharfes Aneinanderprallen gab... Nach der Besprechung im August in Rumänien wurde eine interne Vereinbarung der beiden Parteien unterschrieben, die nicht veröffentlicht wurde... Dort wurde gemeinsam vereinbart, anläßlich des 40. Jahrestags der Oktoberrevolution in Moskau eine Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder abzuhalten und dort ein gemeinsames Dokument zu beschließen. Es wurde vereinbart, daß die KPdSU und die Kommunisten Jugoslawiens versuchen, dieses Dokument auszuarbeiten. Die KPdSU hat zwei Genossen, den Genossen P. - er ist Leiter der Auslandsabteilung des ZK der KPdSU - und den Genossen A., eigens nach Belgrad geschickt, um mit den jugoslawischen Genossen dieses Dokument gemeinsam auszuarbeiten. Nach diesen Festlegungen und Besprechungen haben die jugoslawischen Genossen sich jedoch von der Vorbereitung der Konferenz zurückgezogen, mehr noch, haben dann, wie bekannt ... das Programm ausgearbeitet, das politisch betrachtet, nicht anders verstanden werden kann als ein Gegendokument gegen die Deklaration der sozialistischen Länder in Moskau ... In ihrem Programm versuchen sie theoretisch zu begründen, daß ihre Position zwischen den Blöcken das einzig richtige ist... Wenn man beginnt, eine solche Stellung theoretisch zu untermauern, dann stellt man sich auf die Positionen der SP, oder ganz konkret, unserer SPÖ!..

Auf dem Parteitag hat TITO über die sogenannte Stalinsche Außenpolitik folgendes gesagt: 'Wegen der starren und unnötigerweise drohenden Stalinschen Außenpolitik stellten sich die westlichen Großmächte auf den Standpunkt, daß sie ihre Ziele nur von der Position der Stärke aus erreichen könnten'. Also wegen der drohenden Stalinschen Außenpolitik haben die sich auf die Position der Stärke gestellt! Weiter: 'Das war der Hauptgrund für die Schaffung des Atlantikpaktes'! ...

Da, wo also ein Kriegsblock geschaffen wird, wo es sich um die Außenpolitik der mächtigsten kapitalistischen Länder handelt, da sehen sie nicht die Wurzel im Imperialismus Amerikas, da sagen sie nein, der Hauptgrund ist die Politik Stalins! ...

Wenn sie sich also auf den Standpunkt stellen, eigentlich war der Atlantikpakt ganz berechtigt angesichts der Politik von Stalin, ja dann muß man sie schon fragen: Was unterscheidet sie von der Politik der SP?

Ich glaube, das sind Dinge, die man nicht hinnehmen kann und wo man sich dagegen wenden muß!

Eine Frage, die uns direkt betrifft: soziale Errungenschaften im Kapitalismus und das Hineinwachsen in den Sozialismus. Im jugoslawischen Programm steht, die verstaatlichten Betriebe können der erste Schritt zum Sozialismus sein... und die Macht kann man auch Schritt für Schritt erobern. Das ist von KARDELJ am Parteitag noch verteidigt worden. Er sagte: 'Das Programm geht von der Konzeption aus, daß ein friedlicher Weg ebenfalls nur eine Form der Revolution darstellt... In diesem Sinne stellen die Evolution und die Revolution zwei Aspekte eines einzigen Prozesses dar. Der Sprung von der Quantität zu einer höheren Qualität kann verwirk-

licht werden in einem scharfen revolutionären Konflikt, aber er kann auch in einem verhältnismäßig friedlichen Prozeß durchgeführt werden, bei dem die Arbeiterklasse und die führenden sozialistischen Kräfte allmählich die führende Rolle in der Macht und im gesellschaftlichen Leben gewinnen, um Schritt für Schritt die sozialistische Umwandlung durchzuführen..'

DAS IST AUSTROMARXISMUS!
DAS HAT AUCH OTTO BAUER GESAGT!

Auch heute sagt das noch zum Teil die SP: schrittweise die Macht erobern!...

Was die Jugoslawen machen, ist schließlich und endlich ihre Sache. Man kann mit ihnen diskutieren, ihnen Vorschläge machen, Ratschläge geben.

Aber daß die übrigen kommunistischen Parteien sich davor schützen, daß man Auffassungen, die ihrer Politik und ihrer ganzen Ideologie widersprechen, als kommunistisch bezeichnet - das ist unser Recht und unsere Notwendigkeit,

für uns in Österrdich zum Beispiel eine unbedingte Notwendigkeit. Hier können wir nicht zulassen, daß man die Auffassungen, die ich da geschildert habe, als kommunistisch bezeichnet, weil dann ja unser ganzer Kampf sinnlos und wir dann überhaupt keine kommunistische Partei brauchen würden...

Man kann nicht den Sozialismus aufbauen mit Krediten von den Vereinigten Staaten, für die man Zinsen zahlen muß und wo man schließlich in eine Schuldenwirtschaft hineinkommt... Wirtschaftlich werden sie dadurch immer mehr abhängig, ob sie wollen oder nicht...

Die Einheit des sozialistischen Lagers auf dem Boden der Klarheit wird dringender und notwendiger als vorher. Deswegen ist es wichtig, daß wir den Jugoslawen unsere Meinung sagen."

+ + +

Von dem, was Genosse Fürnberg hier sagte, stimmt auch heute noch jedes Wort! Tito und die anderen Führer des BdKJ haben ihr antileninistisches, revisionistisches Programm von 1957 bis heute nicht widerrufen, ja,betonen gerade in letzter Zeit immer wieder, daß sie unverrückt auf seinen Grundsätzen stehen. Auch die praktische Politik der Führer des BdKJ hat sich durchaus nicht im Sinne einer Annäherung an den Marxismus-Leninismus und den proletarischen Internationalismus verändert.

Warum sagt aber dann Genosse Fürnberg heute gerade das Gegenteil dessen, was er selbst vor nicht allzulanger Zeit noch völlig richtig erkannt hat?

WICHTIGES POLITISCHES INFORMATIONSMATERIAL

Auf verschiedentliche Anfragen unserer Leser geben wir bekannt, daß die Nummern 1 (5.Oktober 1963) und 2 (25.Oktober 1963) der ROTENFAHNE sowie der Offene Brief des Genossen Franz Strobl vom Oktober 1963 leider bereits vergriffen sind und daher nicht mehr nachgeliefert werden können.
Günstiger steht es mit einer Reihe wichtiger Informationsmateri-

alien, die zu Teilfragen der Meinungsverschiedenheiten in der kommunistischen Weltbewegung Stellung nehmen und der Redaktion noch in begrenzter Menge zur Verfügung stehen. Es handelt sich insbesondere um die folgenden Broschüren:

1) "Proletarier aller Länder, vereinigt Euch gegen den gemeinsamen Feind" (15.12.1962)
2) "Die Differenzen zwischen Genossen Togliatti und uns" (31.12.1962)
3) "Leninismus und moderner Revisionismus" (Jänner 1963)
4) "Mehr über die Differenzen zwischen Genossen Togliatti und uns" (Jänner 1963)
5) "Schließen wir uns auf der Grundlage der beiden Moskauer Erklärungen zusammen!" (27.1.1963)
6) "Woher die Differenzen?" (Antwort an Maurice Thorez und andere Genossen, 27.2.1963)
7) "Ein Kommentar zur Erklärung der Kommunistischen Partei der USA" (8.3.63)
8) "Ein Spiegel für Revisionisten" (Zur Lage in der KP Indiens, 9.3.63)
9) "Ein Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung" (25 Punkte-Vorschlag der KP Chinas, 14.6.1963)
10) "Ursprung und Entwicklung der Differenzen zwischen der Führung der KPdSU und uns" (Erster Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU, 6.9.1963)
11) "Zur Stalinfrage" (Zweiter Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU, 13.9.1963)
12) "Ist Jugoslawien ein sozialistischer Staat?" (Dritter Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU, 26.9.1963)
13) "Die Verfechter des neuen Kolonialismus" (Vierter Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU, 22.Oktober 1963)

Wir bitten jene Leser, die sich für die eine oder andere bzw. für mehrere der genannten Broschüren und Dokumente interessieren, eine entsprechende Anforderung (mit Angabe der Broschürennummer) an die Redaktion zu richten und dem Schreiben soviel Briefmarken zu S 1,-- beizulegen, als der Zahl der gewünschten Broschüren entspricht, worauf wir deren sofortige Zusendung veranlassen. Abonnenten der "ROTEN FAHNE" oder Genossen, die für den Unterstützungsfonds der "ROTEN FAHNE" gespendet haben, erhalten die gewünschten Broschüren kostenlos.

DAS "NEUE" IM WESTEN - IM WESTEN NICHTS NEUES

Der Revisionismus ist fast so alt wie der wissenschaftliche Sozialismus. Und so wie der wissenschaftliche Sozialismus entstand auch der Revisionismus im "Westen". Schon Marx und Engels mußten sich mit den "Theorien" der Revisionisten auseinandersetzen.

Ein Hauptmerkmal des Revisionismus besteht darin, daß seine

"Theoretiker" immer auf der Suche nach "Neuem" waren, das sie als Beweismittel für ihre Argumentation verwenden konnten, die Erkenntnisse und Grundsätze des wissenschaftlichen Sozialismus seien überholt, veraltet, von der tatsächlichen Entwicklung widerlegt. Die Teilerfolge, die die Arbeiterklasse in ihrem revolutionären Kampf um das Endziel - den Sozialismus - erringen konnte, waren ihnen hiefür willkommener Anlaß.

Als die Arbeiterklasse das Recht auf parlamentarische Vertretungen erkämpft hatte, war das für die Revisionisten etwas Neues, das die "alte" Theorie von der Notwendigkeit des Klassenkampfes, dessen Ziel im revolutionären Sturz des Kapitalismus und der Zerschlagung seiner Staatsmaschine bestand, als überholt erscheinen ließ. Wozu noch mit außerparlamentarischen Mitteln gegen eine Staatsmacht kämpfen, die der Arbeiterklasse nun die wunderbare Möglichkeit bot, auf parlamentarischem Weg - durch Erringung von 51 Prozent der Wählerstimmen - selbst in den Besitz der "Macht" und zum Sozialismus zu gelangen? "Es ist heute nicht nötig, Revolution zu machen, man kann dasselbe heute auch schon mit parlamentarischen Abstimmungen erreichen" - so formulierte die "Arbeiter-Zeitung" diese "neueste Erkenntnis" des Revisionismus schon in den Jahren der siegreichen Wahlrechtskämpfe nach der Jahrhundertwende.

Mit Hilfe solcher "Argumente" gelang es den Revisionisten tatsächlich, die Arbeiter eine Zeitlang vom revolutionären Kampf abzuhalten und ideologisch zu spalten. Viele ehrliche Arbeiter glaubten wirklich an die Möglichkeit, auf parlamentarischem Weg zur Macht und zum Sozialismus zu gelangen.

Diese Illusionen wurden noch verstärkt, als nach dem Ersten Weltkrieg in einer Reihe von westlichen Ländern Vertreter der sozialdemokratischen Parteien in die Regierung berufen wurden. Das war schon wieder etwas Neues und für die Revisionisten ein zusätzliches "Argument", daß der Kampf für den revolutionären Sturz des Kapitalismus nun "überflüssig", ja, für die Erringung des Sozialismus sogar schädlich und "gefährlich" sei. Wozu den revolutionären Klassenkampf führen, wenn man durch Reformen schrittweise den Sozialismus aufbauen konnte? Wozu durch riskante revolutionäre Kämpfe "das bereits Erreichte gefährden", das doch schon ein Stück Sozialismus im Kapitalismus war?

Die tatsächliche Entwicklung hat die "Argumente" der Revisionisten schonungslos widerlegt. Sie zeigte, daß die Bourgeoisie es entweder gar nicht erst zu den "51 Prozent" Stimmen kommen ließ und - wie bei uns in den Jahren 1933/34 - bereit war, von der "weichen Tour" (der bürgerlichen Demokratie) auf die "harte Tour" (die faschistische Diktatur) überzugehen, als sie ihre Machtpositionen gefährdet glaubte - oder daß sie es sogar "Arbeiterregierungen" überlassen konnte, für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu sorgen. Solche Beispiele gab es und gibt es im Westen nicht wenige.

> In keinem einzigen Land, in dem revisionistische "Arbeiterführer" Regierungsfunktionen übernommen hatten, wurde die kapitalistische Gesellschaftsordnung beseitigt und eine sozialistische errichtet.

Im Gegenteil, in allen diesen Ländern (England, Belgien, Dänemark, Frankreich, Schweden usw.) haben die Revisionisten den Kapitalismus gegen alle Angriffe der Arbeiter verteidigt und konserviert. Auch in Österreich erfüllen die SP-Minister in der Koalitionsregierung diese Aufgabe.

"Neues" zu finden oder - wenn es nichts wirklich Neues gibt - zu erfinden, um damit den Marxismus-Leninismus "widerlegen" zu können, das ist Methode des Revisionismus seit eh und je. Und das ist im Westen und in den rechtssozialistischen Parteiführungen längst nichts Neues mehr. Neu ist allerdings der Revisionismus im Osten und in kommunistischen Parteien des Westens. Die Methodik, deren sich diese neuen Revisionisten bedienen, ist aber einfach die alte Methodik der alten Revisionisten.

Auch sie haben etwas Neues entdeckt, das den revolutionären Kampf für den Sturz des Kapitalismus angeblich überflüssig, ja, direkt zu einer "Gefahr" mache:

das infolge der Existenz des sozialistischen Lagers veränderte internationale Kräfteverhältnis.

Nun ist das sozialistische Lager zwar keine völlig neue Tatsache mehr, denn es existiert seit eineinhalb Jahrzehnten, aber zweifellos beeinflußt es wesentlich den Kampf für den Sozialismus in aller Welt. Aber in welchem Sinn? Die Existenz des sozialistischen Lagers erleichtert den Kampf um den Sozialismus, beflügelt die revolutionäre Entwicklung in aller Welt, indem sie ihr Ansporn, Kraftquelle und Rückhalt bietet, niemals aber, indem es diesen Kampf "erspart", ersetzt oder überflüssig macht! Die Revisionisten reden viel vom neuen Kräfteverhältnis, aber sie

treiben damit Mißbrauch, indem sie das, was zur Verstärkung der weltweiten revolutionären Kampfbewegung begeistert, als Argument zu ihrer Abschwächung und Einstellung verwenden!

Freilich, die Argumentation mit den "neuen Kräfteverhältnissen" und mit der "Macht des sozialistischen Lagers" allein genügt den modernen Revisionisten nicht, um alle Grundsätze des Marxismus-Leninismus über Bord werfen zu können. Deshalb haben sie auch noch eine Reihe von weiteren Neuheiten entdeckt, die jedoch ausschließlich in ihren Köpfen existieren:

a) Der "neue" Charakter des Krieges, der die bewährten marxistischen Erkenntnisse über die Ursachen der Kriegsgefahr und die Notwendigkeiten ihrer wirkungsvollen Bekämpfung "ungültig" mache;

b) Die "neue" Entwicklung in den sozialistischen Parteiführungen, die angeblich nach links gehe (besonders drastisch zu bemerken am Beispiel der SP-Italiens) und daher den Kampf zur ideologischen Entlarvung der rechten SP-Führer zu einer "Gefahr für die Arbeitereinheit" mache;

c) Die "neue" Einsicht der führenden Politiker der USA - Kennedys oder eines beliebigen Nachfolgers -, die "vernünftig" genug seien, eine Friedenspolitik zu betreiben, weshalb der amerikanische Imperialismus nicht mehr als die Hauptgefahr für den Weltfrieden bekämpft werden, sondern mit den Mitteln der

"friedlichen Koexistenz" noch "vernünftiger" und friedfertiger gemacht werden müsse;

d) Der "neue", ausschließlich friedliche Weg zum Sozialismus durch "Erneuerung und Erweiterung der (bürgerlichen) Demokratie" und durch "strukturelle Reformen" usw. usw.

Man kann diese Aufzählung mit den Worten des weisen Rabbi BEN AKIBA abschließen: "Es ist alles schon dagewesen!" All dieses "Neue", das die modernen Revisionisten zur Tatsache der Existenz eines sozialistischen Lagers dazuerfunden haben, ist uralt, so alt wie der Revisionismus selbst. Neu sind an diesen revisionistischen Ladenhütern nur die Namen ihrer Anpreiser und die Art ihrer Verpackung. Die Anpreiser sind leider zum Teil namhafte Führer kommunistischer Parteien und die Verpackung sind scheinleninistische Phrasen - der revisionistische Inhalt wird dadurch keineswegs besser.

Der Marxismus-Leninismus hat noch alle seine Grabredner überlebt. Er wird auch jene "strukturellen Reformisten" überleben, die sich heute als Kommunisten ausgeben. Und auch das wird im Westen - wie im Osten - nichts Neues sein.

A.

AUS DEM PARTEILEBEN - AUS DEM PARTEILEBEN - AUS DEM PARTEILEBEN - AUS DEM

LÜGEN ALS AUSSCHLUSS-BEGRÜNDUNG

In einem Brief der Bezirksleitung Wien 15 der KPÖ wurde Genosse Franz Strobl Mitte Dezember davon verständigt, daß der gegen ihn Ende Oktober 1963 gestellte Ausschlußantrag auf einer Bezirksleitungssitzung bestätigt worden sei. In einem Schreiben an das Zentralkomitee hat Genosse Strobl daraufhin Rekurs angemeldet, den er wie folgt begründete:

"Der Versuch, mich aus der Partei, der ich seit fast zwei Jahrzehnten angehöre und für deren Ziele ich den besten Teil meines bisherigen Lebens verwendet habe, auszuschließen, erfolgt nicht, weil ich etwa die Grundsätze der Partei verletzt hätte, sondern weil ich sie nach wie vor aktiv vertrete. Nicht wegen etwaiger Verstöße gegen den Marxismus-Leninismus will man mich ausschließen, sondern weil ich gegen solche Verstöße seitens führender Funktionäre der Partei offen ankämpfe. Nicht wegen etwaiger Zuwiderhandlungen gegen den proletarischen Internationalismus versucht man mich auszuschließen, sondern weil ich offene Anklage gegen jene erhebe, die ihn unausgesetzt verletzen und ganz über Bord werfen möchten. Nicht weil ich etwa aufgehört hätte, Kommunist zu sein, will man mich aus der Partei entfernen, sondern gerade weil ich nicht aufhören möchte, einer zu sein und daher alles in meiner Macht Stehende unternehme, um den Revisionismus zu bekämpfen, der aus Revolutionären Reformisten, aus der kommunistischen Partei eine sozialdemokratische machen will.

Da man diese wahren Gründe des Versuchs, mich aus der Partei auszuschlies-

sen, nicht zu bekennen wagt, hat man mir eine Begründung des Ausschlußantrags zugesandt, die von Entstellungen und Unwahrheiten strotzt und in völligem Widerspruch zu allen Tatsachen steht.

1) Es heißt in der Ausschlußbegründung, ich hätte in einer Aussendung an viele Genossen 'mitgeteilt', daß ich 'Mitglied der Leitung einer parteifeindlichen Gruppe' sei. Das ist eine grobe Entstellung. Einer parteifeindlichen Gruppe habe ich niemals angehört, werde das auch niemals tun und konnte das auch niemals irgendwem 'mitteilen'.

   Was es tatsächlich vorübergehend gab, war ein Kreis von Genossen, die sich 'antirevisionistische Kommunisten' nannten, und in dessen provisorische Leitung ich eintrat, um bei der Erarbeitung einer Richtung der Diskussion und der Aktion mitzuwirken, die der Partei h i l f t und nicht schadet. Trotz gewisser Unklarheiten über ihre Aufgaben war das niemals eine 'parteifeindliche Gruppe' und außerdem hat sie sich - nicht zuletzt auf Grund meiner Ratschläge - Ende Oktober wieder aufgelöst, nachdem sich die Genossen überzeugt hatten, daß es nicht darauf ankommt, eigene Organisationen zu bilden, sondern darauf, innerhalb der bestehenden Parteiorganisationen den Kampf für die Berichtigung der Politik der Partei zu führen, was keine besondere Organisation, wohl aber intensive Diskussion und entsprechende Information voraussetzt.

2) In der Ausschlußbegründung heißt es weiter, ich hätte meinen Offenen Brief (Oktober 1963), in dem ich über die Gründe und Ursachen meines Ausscheidens aus dem Apparat des Zentralkomitees berichtete - nachdem das Mitglied des Polbüros Franz Marek diesbezüglich völlig erlogene Darstellungen (auch schriftlich!) verbreitet hatte! - "gemeinsam mit H. Parkas verfaßt". Diese Behauptung ist nicht nur unwahr, sondern auch lächerlich. Als langjähriger verantwortlicher Redakteur des theoretischen Organs unserer Partei brauchte ich doch wohl keine Hilfe beim Abfassen eines persönlichen Briefes - schon gar nicht die eines politisch unklaren, redaktionell völlig unerfahrenen Menschen. Schon in der Mitgliederversammlung vom 28. Oktober, die sich mit dem Ausschlußantrag beschäftigte, habe ich überdies klargemacht, daß ich die unrichtigen politischen Auffassungen von H. Parkas von Anfang an ablehnte und kritisierte (auch im Offenen Brief), und - als er seinen falschen Standpunkt nicht korrigierte - die Kontakte mit ihm abbrach. Wie kann man mir da weiterhin mit solchen Vorwürfen kommen?

3) Die Ausschlußbegründung behauptet auch, in den 'bisher erschienenen Schriften dieser Gruppe' sei 'die KPÖ und die KPdSU beschimpft und verleumdet' worden und ihr Inhalt stehe 'im Widerspruch zu den Beschlüssen des 18. Parteitags unserer Partei'. Auch das ist eine Verkehrung der Tatsachen ins Gegenteil. In dem von mir oder mit meiner Hilfe geschriebenen und verbreiteten Material gibt es in Wahrheit keine einzige Stelle, an der die KPÖ oder die KPdSU beschimpft und verleumdet würde! Es ist doch keine Verleumdung der Partei, wenn man offen dagegen auftritt, daß einzelne ihrer Funktionäre, vor allem Franz Marek, dem haarsträubenden Grundsatz huldigen, in der Politik und in der Liebe sei 'alles erlaubt' - auch die Lüge!

   Ist eine Kritik an solchem Zynismus und an solcher Menschenverachtung etwa eine Verleumdung und ist Franz Marek etwa die Partei?

   Was die KPdSU betrifft: gerade die hemmungslose Verleumdung der KPdSU und ihrer ruhmreichen Geschichte durch Chruschtschow(auf dem 20. und

22. Parteitag) hat mich gelehrt, daß man nicht länger zusehen darf, daß man offen auftreten, daß man als Kommunist kämpfen muß, wenn nicht alles, was uns teuer ist, vergällt und verstunken werden soll!

Wer ist denn der Verleumder - der Verfasser des 'Geheimberichts'

über tausendfache 'Hinrichtungen Unschuldiger', über himmelschreiende 'Rechtlosigkeit' und 'Willkür', über die Tätigkeit eines 'Mörders', 'Verbrechers', 'Banditen', 'Schuftes', 'Despoten' usw., der fast 30 Jahre lang an der Spitze der Sowjetunion und der KPdSU gestanden sein soll -

oder jemand, der sich dagegen wendet, die Vergangenheit des ersten sozialistischen Staates der Welt, der jahrzehntelang Vorbild und Leuchtturm für alle Kommunisten war, als eine Aufeinanderfolge von Verbrechen hinzustellen?

Nehmen wir schließlich die Beschlüsse des 18. Parteitags unserer Partei, die in meinen Schriften angeblich verletzt wurden. Warum hat man mir dafür nicht einmal ein einziges Beispiel nennen können, während aber umgekehrt der Nachweis nicht schwer ist, daß sich führende Funktionäre des Zentralkomitees über Beschlüsse des 18. Parteitags und über andere Parteibeschlüsse, die nach wie vor in Kraft sind, ungeniert hinwegsetzen?

Es hat einmal ein Flugblatt von H. Parkas gegeben, dem man in einzelnen Formulierungen die obengenannten Vorwürfe hätte machen können.

Aber gerade diese Fehler von H. Parkas waren der entscheidende Grund des Abbruchs aller Beziehungen zu ihm.

Jeder Leser der "ROTEN FAHNE" weiß das - und auch jene, die mich unbedingt aus der Partei hinausdrängen möchten, wissen es. Und dennoch verwenden sie solche 'Argumente'!

4) Die Ausschlußbegründung lastet mir schließlich als Ziel nicht mehr und nicht weniger als 'die Zersetzung und Spaltung der Partei' und 'Hilfe für den Klassenfeind' an. Das ist die schwerste Anschuldigung, zugleich aber auch die schlimmste Verdrehung der Tatsachen. Daß ich unter Einsatz meiner ganzen Person nachzuweisen versuche, wie eben der Revisionismus die Partei zersetzt und spaltet, der Partei schadet und dem Klassenfeind hilft; daß ich mit meiner ganzen Stimmkraft zur Verteidigung des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus aufrufe, mit denen allein die notwendige Kampfeinheit der Partei und wirkliche Kampferfolge gegen den Klassenfeind gewährleistet werden können; daß die ganze Argumentation der "ROTEN FAHNE" in Richtung der Rettung und des Schutzes der Kampfeinheit der österreichischen und aller Kommunisten der Welt geführt wird und auch alle Kritik und alle Informationen aus der kommunistischen Weltbewegung, die sie bringt, diesem Ziel dienen - das alles kann man doch nicht einfach mit einem Klischee-Ausdruck in sein Gegenteil verkehren, will man nicht den berechtigten Vorwurf restloser Ignoranz und kalter Verhöhnung der Tatsachen auf sich nehmen!

Ich möchte abschließend betonen, was ich schon auf der Mitgliederversammlung feststellte: daß es hier nicht einfach um meine Person, nicht um einen Individualfall geht, als den man das Ganze gerne hinstellen möchte. Wäre es so, so würde ich mich angesichts dieser Berge von Unverstand und Entstellung vielleicht einfach ins Privatleben zurückziehen - so wie es seit dem 20. Parteitag leider schon viele Genossen gemacht haben. Doch ich bin kein beleidigter Kleinbürger, sondern ein Kommunist und will es bleiben.

Und mir ist klar, daß es hier nicht um einen Einzelfall, sondern um einen Modellfall geht, nach dessen Muster in Zukunft dutzende, wenn nicht hunderte unbequeme Kritiker in der Partei mundtot gemacht und 'abserviert' werden würden.

Es geht darum, ob es hochgestellten Funktionären der Partei gestattet sein soll, mit unseren kommunistischen Prinzipien nach Belieben zu wirtschaften und Kritiker mit standardisierten Vorwürfen abzuschießen, ob es in der Partei eine wirkungsvolle Kritik ohne Gefahr von Repressalien geben kann oder ob die Partei zu einer Vereinigung unpolitischer Ja-Sager und Befehlsempfänger werden soll.

Kurz gesagt, es geht darum, ob es in Österreich auf weitere Sicht überhaupt noch eine Partei geben soll, die den Namen einer kommunistischen Partei verdient.

Franz Strobl

ERMUTIGENDE ZWISCHENBILANZ

Das bisherige Ergebnis unserer Sammlung für den Gründungs- und Unterstützungsfonds der "ROTEN FAHNE"

Vor vier Wochen haben wir unsere Leser und Freunde dazu aufgerufen, ihre Zeitung, die "ROTE FAHNE", auch materiell zu unterstützen und ihr durch die Schaffung einer ausreichenden finanziellen Basis nicht nur die Möglichkeit der weiteren Existenz, sondern auch eines regelmäßigen Erscheinens zweimal in jedem Monat zu geben. Das Ergebnis unseres Aufrufes hat unsere Erwartungen nicht nur vollauf erfüllt, sondern sogar noch übertroffen.

Buchstäblich aus allen Teilen Österreichs sind Spenden eingelangt, darunter zu unserer großen Freude auch Spenden von Parteiorganisationen, aber auch eine ganze Reihe von Überweisungen durch Spender, deren Namen wir gar nicht kannten und von denen wir nicht wissen, wie sie sich unsere Erlagscheine bzw. unsere Kontonummer verschafft haben. Nur in einzelnen Fällen haben unsere Leser und Freunde von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, anonym zu bleiben (d.h. auf dem Erlagschein nicht den richtigen Namen und die richtige Adresse anzugeben oder einfach "N.N." einzusetzen, was bei Spenden gestattet ist); selbst Genossen, die wichtige Funktionen im Parteiapparat bzw. im Wirtschaftsapparat der Partei bekleiden, haben im allgemeinen Namen und Anschrift genannt, in der richtigen Erkenntnis, daß wir die Namen der Spender natürlich vertraulich behandeln.

Im Zusammenhang mit der Sammlung haben wir auch Briefe erhalten, in denen uns Genossen von Sammelaktionen berichten, die sie im Kreise ihrer Gesinnungsfreunde durchgeführt haben und weiter durchzuführen gedenken, um der "ROTEN FAHNE" vorwärtszuhelfen. In einzelnen Fällen haben solche Sammlungen Beträge von mehreren hundert Schilling ergeben.

Insgesamt ergibt sich, daß schon das bisherige Sammelergebnis für die Herausgabe von zumindest 6-7 Nummern der "ROTEN FAHNE" (in ihrer bisherigen Form und im Umfang von je 20-25 Seiten) ausreicht. Da die Sammlung aber fortgesetzt wird und sich auf einen immer größer werdenden Kreis von Menschen erstreckt, da inzwischen aber auch schon laufend Abonnements der "ROTEN FAHNE" angemeldet und bezahlt werden, heißt das, daß das zweimal monatliche Erscheinen der "ROTEN FAHNE" bereits endgültig gesichert ist!

Aus ganzem Herzen danken wir allen Genossen, die - manchmal in geradezu aufopfernder Weise - dazu beigetragen haben, ein so ermutigendes Ergebnis zu erzielen und unsere Pläne so rasch Wirklichkeit werden zu lassen. Wir sind uns dessen gewiß, daß uns ihre Hilfe und Solidarität auch in den kommenden Monaten weiterhelfen wird - in der Arbeit und im Kampf für den Sieg des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus auch in unserem Lande.

DAS REDAKTIONSKOLLEKTIV

Das Redaktionskollektiv wünscht allen Aktivisten der "ROTEN FAHNE", sowie allen ihren Lesern und Interessenten ein schönes und erfolgreiches NEUES JAHR!

KAMPFPARTEI ODER FERNSEH-VEREIN?

Wir drucken den folgenden Auszug aus einem an die Redaktion gerichteten Brief eines Wiener Aktivisten umso lieber ab, als dieser Genosse ein relativ junges Parteimitglied ist, was unsere Auffassung bestätigt, daß man durchaus kein "alter Kommunist" sein muß, um Revisionismus und Marxismus unterscheiden zu können.

"Liebe Genossen!

Als ich im Mai 1962 Mitglied der Kommunistischen Partei Österreichs wurde, tat ich diesen Schritt nicht zufällig, sondern infolge ganz bestimmter Vorstellungen vom Marxismus-Leninismus, mit dem ich mich vorher schon lange Zeit auseinandergesetzt hatte. Die Bekanntschaft mit der Praxis der Partei war nach der Bekanntschaft mit der Theorie entsetzlich enttäuschend.

Wo ich politische Aktivität vorzufinden erwartete, fand ich, daß man sich darauf beschränkte, mit der Vorführung sechstklassiger Filme und Fernsehsendungen eine kulturelle Arbeit vorzutäuschen.

Wo ich erwartet hatte, eine Partei zu finden, die die Massen im revolutionären Kampfe gegen die Ausbeuterklasse führt, fand ich teils völlig isoliertes Sektierertum, teils Vereinsmeierei, die zum Selbstzweck erhoben war.

Wo ich erwartete, in die Reihe der aktivsten Kämpfer gegen den Kapitalismus zu treten, fand ich, daß man alles, was geeignet war, der Bourgeoisie weh zu tun, als 'Dogmatismus' oder 'linkes Abenteurertum' verdächtigte.

Dort, wo ich erwartete, daß der revolutionäre Elan, der der Jugend stets innewohnt, durch entsprechende Schulung beflügelt und in die richtigen Bahnen gelenkt würde, fand ich, daß man die Jugend weiter entpolitisierte, indem man ihr statt fortschrittlicher Gedanken schlechte Tanzpartys anbot.

Liebe Genossen!

Es mag Euch vielleicht scheinen, ich male hier etwas zu düster. Aber ich fürchte, eine solche Auffassung könnte von der berüchtigten 'Betriebsblindheit' herrühren; die Mängel, die man jahrelang tagaus und tagein vor Augen hat, sieht man schließlich nicht mehr.

Für jemand, der mit konkreten Vorstellungen von einer marxistisch-leninistischen Partei zum erstenmal im Mai 1962 in den Betrieb der Kommunistischen Partei Österreichs hineintrat, war der Anblick tatsächlich düster.

Sosehr bei der Bekanntschaft mit diesen augenfälligen Mängeln der Partei bei mir manchmal die Neigung erwachte, <u>mich davon wieder zurückzuziehen</u>, so schien mir ein solches Verhalten mit der einmal erkannten Notwendigkeit, die marxistisch-leninistischen Prinzipien zu vertreten, dann doch <u>nie vereinbar</u>. Ich versuchte daher lieber, sozusagen von unten her in zahlreichen Diskussionen zuerst einmal die Ursachen für diese Degenerationserscheinungen zu ergründen. Die Einzelheiten dieses Vorgehens zu berichten, würde hier viel zu weit führen; da ich jedoch keineswegs mehr so naiv bin, die Erklärung aller traurigen Umstände mit dem 'Fehlen einer revolutionären Situation in Österreich' so ohne weiteres zu schlucken, wurde in mir bald der Verdacht wach, daß gewisse Personen innerhalb der Partei sich bemühten, die revolutionären Kräfte in für die Bourgeoisie ungefährliche Bahnen zu lenken.

Ich hebe es ausdrücklich hervor: Dieser Eindruck entstand auf Grund der <u>persönlichen Erfahrungen</u>, die ich nach meinem Eintritt in die Partei machte, und hat sich in zahlreichen Diskussionen zu diesem Thema gefestigt, lange <u>bevor</u> ich irgendeine Stellungnahme der chinesischen oder albanischen Genossen zu Gesicht bekommen hatte.

Indessen hatten etliche junge Genossen, Angehörige der Freien Österreichischen Jugend und einige ältere Parteimitglieder, mit denen ich bei den erwähnten Diskussionen in Kontakt gekommen war, von der Unzulänglichkeit der politischen Tätigkeit der Partei einen ähnlichen Eindruck. Um daher wenigstens <u>irgendetwas</u> im Sinne des Marxismus-Leninismus zu machen, kamen wir regelmäßig einmal in der Woche, sozusagen als <u>freie Arbeitsgemeinschaft</u> zusammen, um uns durch <u>Selbststudium</u> mit den Grundlagen des Marxismus-Leninismus vertrauter zu machen. Dabei stellte sich heraus, daß die Meinungen, die sich bei uns aus den Diskussionen um grundlegende Probleme entwickelten, immer mehr von den Meinungen <u>abwichen</u>, die dem offiziellen Standpunkt der Partei entsprachen. Dieser Zustand war beunruhigend. Waren wir Sektierer, die nicht imstande waren, den Marxismus-Leninismus zu begreifen? Es gab Entscheidungen der Partei, die man schlechtweg nicht zu rechtfertigen vermochte und die wir unbedingt ablehnen mußten.

Erst um diese Zeit - im Sommer dieses Jahres - begann ich die Materialien, die <u>chinesische und albanische Genossen</u> zur Verfügung stellten, eingehend zu studieren. Da begannen die Zusammenhänge sich allerdings fast schlagartig zu klären!

Obwohl wir uns der beschränkten Fähigkeiten und Möglichkeiten hiezu in unserem kleinen Kreise völlig bewußt sind, betrachten wir es als unsere Aufgabe, die strittigen Fragen der internationalen kommunistischen Bewegung eingehend zu diskutieren, uns darüber ein klares Urteil zu bilden und einen konsequenten marxistischen Standpunkt zu vertreten. Eine diesbezügliche offene Kritik an revisionistischen Auffassungen, gleichgültig, wer sie vertritt, sehen wir unter den gegebenen Verhältnissen nicht nur als unser Recht, sondern als unsere kommunistische Pflicht an.

Um bei einem derartigen Vorgehen der Gefahr, unter den Einfluß von Sektierern zu geraten, aus dem Wege zu gehen, scheint es uns unbedingt notwendig, das Forum unserer Diskussionen maximal zu erweitern; das heißt, Kontakt mit allen jenen zu suchen, die zur Teilnahme an diesen Diskussionen bereit sind.

In Ausführung dieses Vorhabens sende ich Euch heute, liebe Genossen, dieses Schreiben mit der Bitte, uns die Möglichkeit zur persönlichen Kontaktnahme und zum Gedankenaustausch über die Probleme der kommunistischen Bewegung - sowohl vom internationalen, als auch vom österreichischen Gesichtspunkt aus - zu geben.

DAS LESEN SIE NICHT IN DER "VOLKSSTIMME" - DAS LESEN SIE NICHT IN DER "VOL

EIN WESTLICHER WIRTSCHAFTSFACHMANN ÜBER CHINAS VOLKSKOMMUNEN

PEKING. Die bekannte englische Volkswirtin JOAN ROBINSON, Stellvertretende Vorsitzende des "Britischen Rates für Förderung des internationalen Handels", berichtete kürzlich in einem Interview über die Ergebnisse ihrer dritten Studienreise durch China.

"Als ich diesmal nach China kam", sagte Mrs. Robinson, "war ich besonders auf die Volkskommunen neugierig. Erstens, weil über sie in der westlichen Presse eine Menge Unsinn geschrieben wird, und zweitens, weil sie ein einzigartiges Experiment der landwirtschaftlichen Organisation darstellen."

Mrs. Robinson besichtigte sechs Wochen lang eine Anzahl von Volkskommunen in Nord- und Nordwestchina. Als sie 1953 zum erstenmal in China weilte, waren noch die Arbeitsgruppen zur gegenseitigen Hilfe die hauptsächliche Organisationsform in der Landwirtschaft. Während ihres zweiten Besuches, 1957, herrschte bereits die höhere Form der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft vor.

"Die Auslandspresse verbreitet eine sonderbare Legende, wonach das System der Volkskommunen während der schweren Jahre der Naturkatastrophen zusammengebrochen und gescheitert sei", führte die englische Nationalökonomin aus (die auch in Österreich, u.a. durch das Gewerkschaftsorgan "Arbeit und Wirtschaft", bekannt ist . D.Red.).

"Jedoch das genaue Gegenteil ist wahr. Gerade diese Organisation war es, die es möglich machte, die Menschen zu ernähren, ihre Arbeit zu erleichtern und den Schaden gutzumachen. Nachdem nun die Volkskommunen besser organisiert sind und die Bewässerungsanlagen vermehrt wurden, wird es sicherlich nicht so schlimm sein, wenn in der Zukunft Naturkatastrophen eintreten."

Mrs. Robinson bezeichnete die Volkskommune mit ihren drei Organisationsstufen - Arbeitsgruppe, Brigade, Kommune - als "vortreffliches Schema einer Kombination von Organisationen kleinen Maßstabs mit solchen großen Maßstabs". Die Arbeitsgruppe, die aus den arbeitsfähi-

gen Mitgliedern von 20-30 Familien besteht, bildet die Einheit für den unmittelbaren Arbeitseinsatz. Die Brigade (sie entspricht umfangmäßig ungefähr der früheren Genossenschaft - D.Red.) besteht aus 8 - 10 Arbeitsgruppen und ist eine passende Einheit für die Durchführung des Ernteprogramms. Die Kommune, als größte Organisation, ist geeignet, um die Wasserbewirtschaftung, die Aufforstung und die Neulanderschliessung zu planen, wobei sie auch Industrie- und Dienstleistungsbetriebe - wie Gerätefabriken und Traktorenstationen - unterhält, die einen grösseren Wirkungskreis brauchen.

Die Landwirtschaft ist viel schwerer zu organisieren als die Industrie, sagte Mrs. Robinson. Ihre Organisation erfordert einerseits kleine Maßstäbe, weil die Bauern über das ganze Land verstreut sind und ihre Arbeitsbedingungen verschieden sind, zugleich aber auch große Maßstäbe, weil die bestmögliche Nutzung des vorhandenen Bodens angestrebt werden muß.

Mrs. Robinson hat die Verhältnisse in einem Dutzend Kommunen studiert. Sie betonte, daß das System der Volkskommune sehr geschmeidig ist und es in seinem Rahmen eine große Mannigfaltigkeit gibt, je nach den örtlichen technischen Bedingungen und nach der Entwicklungsgeschichte des betreffenden Bezirks.

"In der westlichen Presse - und jetzt auch in der UdSSR - wird behauptet, daß die Kommune das Familienleben zerstört hätte", sagte sie und stellte fest: "Die Familie wird von der Kommune verteidigt und geschützt. Ich sah, daß im allgemeinen drei Generationen zusammen leben, wobei die Großmutter den Haushalt versieht und die Kleinkinder beaufsichtigt, während die jungen Männer und Frauen auf dem Feld arbeiten." Die Haushalte verfügen über kleine Gartenstücke für Eigenbedarf, sowie über Schweine, Schafe und Hühner als Privateigentum."

Mrs. Robinson war von den sozialen und kulturellen Leistungen der Kommunen für ihre Mitglieder sehr beeindruckt: kinderlose alte Leute genießen die sogenannten "5 Garantien", d.h. sie erhalten gratis Lebensmittel, Kleidung, Wohnung und medizinische Betreuung. Auch für das Begräbnis kommt die Kommune auf. In den Kommunen ist die Grundschulerziehung fast allgemein eingeführt, und jeder, der begabt und bereit ist, erhält die Möglichkeit einer höheren Schulbildung einschließlich des Hochschulstudiums. "Für jene, die das Leben in Asien kennen, besteht das hervorstechendste Merkmal des heutigen China darin, daß die Leute genug zu essen haben und niemand mit der bangen Frage zu Bett geht, ob das auch morgen der Fall sein würde", schloß die englische Wirtschaftsforscherin.

KAMBODSCHA GEGEN AMERIKANISCHE "HILFE"

PNOM-PENH. Der Staatschef von Kambodscha, Prinz SIHANOUK, führte in einer Erklärung u.a. aus:

"Wie könnte ich meinen Landsleuten sagen, daß die amerikanische 'Hilfe' nützlich und nicht schädlich sei, wenn diese 'Hilfe' - wie amerikanische Journalisten selbst zugeben - hinterlistig ist und nur der antikommunistischen Politik und Strategie der USA dient, nicht aber dem Frieden und der Zukunft unseres Volkes Rechnung trägt? Wir werden wegen der Zurückweisung dieser vergifteten 'Hilfe' nicht sterben - und sogar wenn es so wäre, würden wir es vorziehen, mutig und ehrenvoll zu sterben, als erstickt und verfault durch die USA-'Hilfe'!"

Die Regierung Kambodschas hat den diversen "Hilfs"-Organisationen der USA die Weisung erteilt, das Land bis 15. Jänner 1964 zu räumen. Wegen unqualifizierbarer Angriffe amerikanischer und englischer Regierungsstellen gegen Kambodscha wurden die wichtigsten Diplomaten Kambodschas aus Washington und London zurückberufen.

DIE "VOLKSSTIMME" BRACHTE ÜBER DIE VORGÄNGE IN KAMBODSCHA NUR DIE BEREITS VON ALLEN SERIOSEN ZEITUNGEN DEMENTIERTE MELDUNG, DASS SICH RADIO KAMBODSCHA IN EINER SENDUNG LOBEND ÜBER DIE ERMORDUNG

PRÄSIDENT KENNEDYS GEÄUSSERT HÄTTE!
SO WEIT IST ES ALSO SCHON GEKOMMEN!

Nach den letzten Nachrichten fordert die Regierung Kambodschas dringend die Einberufung einer internationalen Konferenz zur Garantie der Neutralität Kambodschas, da die Umtriebe der USA im indochinesischen Raum schwerste Gefahren für den Weltfrieden heraufbeschwören.

STATT KAMBODSCHA IM KAMPF UM SEINE NEUTRALITÄT UND FÜR DEN FRIEDEN IM FERNEN OSTEN ZU UNTERSTÜTZEN, BETEILIGT SICH DIE "VOLKSSTIMME" AN DER AMERIKANISCHEN HETZE GEGEN DIESES LAND.

KENIA DANKT VOLKSCHINA

NAIROBI. Der Stellvertretende Ministerpräsident der Chinesischen Volksrepublik, Marschall TSCHEN JI, besuchte den unabhängig gewordenen afrikanischen Staat Kenia. In seiner Begrüßungsansprache betonte der Innenminister Kenias, sein Volk würde niemals vergessen, welche entscheidende Rolle die Unterstützung durch Volkschina bei der Befreiung Kenias gespielt habe.

WAS CHRUSCHTSCHOW UNTER "EINSTELLUNG DER POLEMIK" VERSTEHT

PEKING. Wie die Nachrichten-Agentur "Neues China" berichtet, sind in der Sowjetpresse in den drei Wochen, die der Erklärung Chruschtschows über die Einstellung der offenen Polemik (25. Oktober 1963) folgten, mehr als hundert antichinesische Artikel veröffentlicht worden.

AIDIT ÜBER DEN BEWAFFNETEN KAMPF

DJAKARTA. Auf einer Gedenkkundgebung zu Ehren der Helden des ersten nationalen Aufstands in Indonesien im November 1926 trat der Vorsitzende des Zentralkomitees der KP Indonesiens D.N.AIDIT den Auffassungen entgegen, wonach der bewaffnete Kampf nur noch eine Ausnahmserscheinung sei. "Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs bis auf den heutigen Tag ist der bewaffnete Kampf ein hervorstechendes Merkmal der Volksbewegungen in den Ländern Südostasiens", sagte er. Die Republik Indonesien, die Chinesische Volksrepublik, die Demokratische Republik Vietnam - sie alle wurden nach einem bewaffneten Kampf gegründet. In Südvietnam hat der bewaffnete Widerstand den Amerikanern panische Furcht eingejagt. Auf den Philippinen geht ein bewaffneter Kampf vor sich, der von Genossen JESUS LAVA geleitet wird. Bewaffnete Kämpfe dauern in Malaya an, und der bewaffnete Kampf in Laos hat die USA zu Konzessionen gezwungen.

"Man kann sich so lange nicht sicher fühlen, als die Imperialisten und ihre Lakaien Unruhe stiften", betonte Gen. AIDIT in Bezug auf die heutige Lage in Indonesien. Die Lehren der indonesischen Revolution, wonach ein unterdrücktes Volk wie das indonesische, mit dem Gewehr in der einen und der Hacke in der anderen Hand kämpfen müsse, bleiben auch heute gültig. Er verwies in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit, den Kampf gegen den Revisionismus fortzusetzen, weil dieser "ein Gift ist, das die Kämpfer gegen den Imperialismus schwächt."

Bezüglich der Hilfe der sozialistischen Länder für die um ihre Unabhängigkeit und für den Sozialismus kämpfenden Völker betonte Genosse AIDIT den zweiseitigen Charakter einer solchen Hilfe, und sagte:

"Unsere Kämpfe hängen miteinander zusammen. Die Indonesier legten die Hände nicht müßig in den Schoß, als der erste sozialistische Staat, die Sowjetunion, geboren wurde; sie führten eine Propaganda in den Bauern- und Fischerhütten und in den Arbeiterbezirken, sie machten die Menschen mit dem Sowjetstaat, mit Lenin bekannt, unterstützten das Sowjetvolk, wie sie konnten. Andererseits kann ein sozialistisches Land nicht als solches betrachtet werden, wenn es nicht anderen Ländern in ihrem Kampf um die Un-

abhängigkeit Hilfe erweist.

Das sozialistische Lager wird umso gesicherter sein, je mehr Länder unabhängig werden, und besonders, je mehr sozialistische Länder es geben wird."

DIE AMERIKANISCHE 7. FLOTTE IM INDISCHEN OZEAN

Am 19. Dezember gab Präsident JOHNSON auf einer Pressekonferenz in Washington bekannt, daß ein Plan zur Entsendung von Kriegsschiffen der amerikanischen 7. Flotte in den Indischen Ozean ausgearbeitet worden sei. Am 20. Dezember kündigte M. TAYLOR, Chef des amerikanischen gemeinsamen Generalstabes, der sich auf einer militärischen Visite in Indien befand, in Neu-Delhi an, daß ein Flugzeugträger, einige Zerstörer und ein Öltanker der amerikanischen 7. Flotte im Indischen Ozean kreuzen würden. Taylor hatte vorher einen Inspektionsflug über das chinesisch-indische Grenzgebiet unternommen und ausführliche Unterredungen mit dem indischen Verteidigungsminister und führenden indischen Militärs gehabt.

Die Entsendung von Einheiten der 7. amerikanischen Flotte in die Gewässer des Indischen Ozeans bedeutet eine neue Bedrohung des Friedens in Südostasien. Diese kriegerische Provokation der amerikanischen Imperialisten richtet sich gegen die gesamte Freiheitsbewegung in Südostasien, gegen Kambodscha, Laos, Südvietnam und Ceylon, insbesondere aber gegen Indonesien, das sich mit dem jüngst geschaffenen britischen Marionettenstaat Malaysia nicht abfinden kann. Mitte Dezember teilte das amerikanische Außenministerium mit, daß die amerikanische Regierung beschlossen habe, jede weitere "Hilfe" an Indonesien - wegen dessen Haltung zu Malaysia - einzustellen.

Der Einsatz der amerikanischen 7. Flotte im Indischen Ozean dient ferner dem Zweck, auf Pakistan wegen dessen china-freundlicher Haltung einen Druck auszuüben. Gleichzeitig bedeutet die Entsendung der 7. Flotte in den Indischen Ozean die Schaffung eines amerikanischen sogenannten "See-Schirmes" zusätzlich zu dem bereits bestehenden "Luft-Schirm" für das angeblich bedrohte Indien. Nehru hat gegen die Entsendung amerikanischer Kriegsschiffe in indische Gewässer auch keinerlei Protest erhoben, sondern sich stillschweigend einverstanden gezeigt.

In Indonesien rief der Vorsitzende der KP Indonesiens, Genosse AIDIT, zum Kampf gegen die Stationierung der amerikanischen 7. Flotte im Indischen Ozean auf und verlangte sofortige Schritte zur Verhinderung dieses Planes: "Dieser amerikanische Plan kann bloß die Intensivierung der imperialistischen 'Einkreisung' Indonesiens bedeuten... Es bestehen enge Beziehungen zwischen den in jüngster Zeit von den Amerikanern unternommenen, von Nehru völlig gedeckten aggressiven Maßnahmen, und den von den amerikanischen Imperialisten erlittenen Niederlagen in verschiedenen Teilen Südostasiens. In Südvietnam erteilen die unter der Führung der südvietnamesischen nationalen Befreiungsfront stehenden Guerillas den amerikanischen Imperialisten Schlag auf Schlag. In Kambodscha erlitt der amerikanische Imperialismus durch die Zurückweisung jeder amerikanischen 'Hilfe' sowie durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu den USA eine Niederlage. In Laos erntet der amerikanische Imperialismus ständig Mißerfolge und die Volkskräfte werden dort von Tag zu Tag stärker. In Nord-Kalimantan (Nordborneo) müssen die von den amerikanischen Imperialisten unterstützten britischen Imperialisten schwere Schläge einstecken und britische Flugzeuge, die die territoriale Integrität Indonesiens verletzen, werden abgeschossen."

"Die kommunistische Partei von Indonesien" setzte Genosse AIDIT fort, "hat seit jeher den Standpunkt vertreten, daß die Imperialisten zum Rückzug gezwungen werden können, wenn wir sie mit allen Kräften bekämpfen, daß sie aber unverschämt wer-

den, wenn man ihnen nachgibt und sie verharmlost. Deshalb ruft die indonesische Kommunistische Partei das gesamte Volk von Indonesien zum Kampf gegen die Stationierung der amerikanischen 7. Flotte unmittelbar in unseren Gewässern auf... Das wichtigste sind jetzt sofortige Schritte zur Verhinderung der Ausdehnung des Operationsgebietes der amerikanischen 7. Flotte".

In diesem Zusammenhang unterstützt die KP Indonesiens SUKARNOS Plan der Einberufung einer zweiten afro-asiatischen Konferenz.

AUS DER REVOLUTIONÄREN WELTBEWEGUNG - AUS DER REVOLUTIONÄREN WELTBEWEGUNG -

EIN BRUDERORGAN DER "ROTEN FAHNE" IN DÄNEMARK

Unter der Leitung der Genossen BENITO SCOCOZZA und GOTFRED APPEL ist kürzlich in Dänemark ein "Kommunistischer Arbeitskreis" entstanden, der sich die aktive Verteidigung des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus gegen den Revisionismus zur Aufgabe gemacht hat, welcher - von den Führern der KPdSU kräftigst gefördert - auch unsere dänische Bruderpartei zu überfluten droht. Mitte Dezember ist nun auch die erste Nummer der Zeitschrift "ORIENTERING" erschienen, die der "Arbeitskreis" herausgibt und die sich bemüht, jene Informationen und Aufklärungen zu geben, die das dänische Zentralorgan "Land og Folk" leider nicht mehr gibt.

Die Situation in der dänischen Partei ist der Situation in unserer Partei sehr ähnlich. Auch dort wirtschaftet mit autoritären Methoden ein Marek (er hat dort den Namen Ib Nörlund), auch dort bedroht man Genossen, die sich der revisionistischen Politik der Parteiführung widersetzen, mit Repressalien und Ausschlüssen. So wurde Genosse Appel, der frühere Leiter des Parteiverlages und spätere Redakteur des Zentralorgans der Partei im August wegen seiner marxistisch-leninistischen Auffassungen gemaßregelt und zwei Monate später aus der Partei ausgeschlossen, der er seit 1945 angehörte.

In ihrer ersten Nummer betont die Zeitung "ORIENTERING", daß sie ihre Aufgabe nicht in der Vorbereitung der Gründung einer neuen Partei erblickt, sondern darin, zur Rückkehr der ganzen dänischen Partei auf die Positionen des Marxismus-Leninismus beizutragen. Auszugsweise veröffentlicht das Blatt jene Stellen aus der Sondernummer der "ROTEN FAHNE", in denen sich Genosse Franz Strobl mit der Frage der Einheit der Partei und ihrer notwendigen Grundlagen beschäftigt.

"ZËRI I POPULLIT" über die "ROTE FAHNE"

In einem dreispaltigen Artikel nahm am 21. November 1963 das Zentralorgan der Albanischen Partei der Arbeit, "Zëri i Popullit", zur Herausgabe der "ROTEN FAHNE" Stellung. Die Zeitung begrüßt insbesondere die Bemühungen der "ROTEN FAHNE", nicht nur an der

sachlichen Diskussion der Meinungsverschiedenheiten in der internationalen kommunistischen Bewegung teilzunehmen, sondern die Erkenntnisse des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus auch auf die innenpolitischen Fragen Österreichs anzuwenden. Auch die Informationen der "ROTEN FAHNE" über die Probleme und Erfolge des sozialistischen Aufbaus in jenen Ländern, die nicht das Wohlwollen der "Volksstimme" genießen, die Berichte über die Tätigkeit der antirevisionistischen Parteien und Organisationen sowie über die nationale Befreiungsbewegung, insbesondere in Asien, Afrika und Lateinamerika, finden in dem Artikel in "Zëri i Popullit" warme Anerkennung. Die Zeitung schreibt abschließend:

> "Zëri i Popullit' wünscht der 'ROTEN FAHNE' weitere Erfolge in ihrem Kampf für den Schutz der Interessen der österreichischen Arbeiterklasse und die Verwirklichung ihrer Forderungen, im Kampf gegen den Imperialismus und seine Werkzeuge, für die Erhaltung der Reinheit des Marxismus-Leninismus und zur Zerschlagung des modernen Revisionismus."

REVISIONISMUS UND SOZIALDEMOKRATIE

> "Nach Ansicht unserer Partei ist die Erklärung der 81 Parteien,daß der Revisionismus die Hauptgefahr in unserer Weltbewegung darstellt , nicht nur richtig, sondern ist diese Gefahr seit 1960 noch gewachsen",

stellte der Generalsekretär der KP Neuseelands, V.G. WILCOX, kürzlich in einem Vortrag vor Studenten der indonesischen Sozialwissenschaftlichen Akademie in Djakarta fest. Genosse WILCOX führte in diesem Vortrag, der in der November-Nummer des theoretischen Organs unserer neuseeländischen Bruderpartei "COMMUNIST REVIEW" abgedruckt wurde, u.a. aus:

> "Die Führer mancher Parteien werfen der KP Neuseelands vor, sie verstünde nicht den 'Charakter der neuen Epoche, in der wir leben'. In Wirklichkeit haben diese Führer vieles aus der Praxis und den Theorien der Sozialdemokraten übernommen. Sie glauben, daß in 'unserer Epoche' viele Gesichtspunkte von Marx veraltet wären, und nennen deshalb jene, die am Marxismus-Leninismus festhalten, Dogmatiker. Das ist die Grundlage der Meinungsverschiedenheiten über ideologische Fragen in unserer Weltbewegung.
>
> Die Führung der KP Neuseelands, einer Partei, die innerhalb der alten kapitalistischen Welt kämpft, steht fest zum Marxismus-Leninismus. Wir tun dies nicht infolge eines Drucks oder einer Überredung von außen her, sondern weil uns die eigenen Erfahrungen und Kämpfe sowie unsere unmittelbare Bekanntschaft mit der Sozialdemokratie gelehrt haben, daß eine Revision des Marxismus-Leninismus die revolutionäre Bewegung in Gefahr bringt. Vielleicht mögen in einigen Ländern auf dem revisionistischen Weg zeitweilig scheinbare Gewinne erzielt werden, aber auf lange Sicht werden die Massen durch das Fortbestehen des Imperialismus nur zu leiden haben.
>
> Wir haben stets uneingeschränkt die KPdSU und ihre Führung unterstützt. Es war deshalb für uns äußerst schmerzlich, als wir nach langen Überle-

gungen zum Schluß kamen, daß das gefährliche Anwachsen des Revisionismus im Weltmaßstab durch die Auffassungen der Führung der KPdSU gefördert wurde. Die Sonderrolle, die die KPdSU in der Vergangenheit seit der Großen Oktoberrevolution und unter der Führung durch Genossen LENIN gespielt hatte, brachte es mit sich, daß ihr Einfluß auf alle Parteien groß blieb.

Die jetzige Führung der KPdSU hat jedoch unserer Meinung nach sowohl in der Theorie als auch in der Praxis dazu beigetragen, daß in vielen Grundfragen Illusionen aufgekommen sind. Die neuen Theorien führten in der Praxis zu einer Verneinung des Klassenkampfes als des wichtigsten Faktors in jedem einzelnen Land.

Man begann, sich auf die Führer zu verlassen, auf die Verhandlungen mit den Imperialisten 'auf hoher Ebene', man legte besonderen Nachdruck auf die Stärke der sozialistischen Länder, durch welche der Sozialismus in die nichtsozialistischen Länder gelangen würde, unterschätzte aber die Rolle jener, die in diesen Ländern den Kampf führen.

Zwar ist die neue Situation, die durch die wachsende Stärke der sozialistischen Länder entstanden ist, ein sehr wichtiger, hilfreicher Faktor; ist sie aber der wichtigste Faktor? Immer mehr Parteien gründen heute ihre Politik auf das Konzept, daß ihnen die Stärke der Sowjetunion mit der Zeit auf friedlichem Wege den Sozialismus bringen könnte. Unserer Meinung nach ist das eine revisionistische Illusion. Der Imperialismus wird nicht friedlich dahinsterben. Der Sozialismus wird in jedem Land nur durch die Anstrengungen der Volksmassen dieses Landes, die von der eigenen kommunistischen Partei geführt werden, kommen können. Das gilt auch für Neuseeland.

Wir schließen die Möglichkeit eines friedlichen Übergangs zum Sozialismus in Neuseeland nicht aus. Wir wünschen es und arbeiten in diesem Sinne.

Wir sagen aber, daß unsere Partei auch auf die anderen Methoden vorbereitet sein muß, für den Fall, daß sich der Klassenfeind dem Willen der Mehrheit nicht unterwerfen will.

Sich darauf nicht vorbereiten, heißt den revolutionären Elan einer kommunistischen Partei abstumpfen.

Im Kampf für den Frieden, dieser grundlegenden Notwendigkeit in unserer Zeit, verlassen sich viele Parteien immer weniger auf die Aktionen der Massen und immer mehr auf Gipfelgespräche (die auch nötig sind, aber nicht der Hauptfaktor sein können), sowie auf bürgerliche und kleinbürgerliche Pazifisten (die als Verbündete willkommen sind, jedoch keine gesunde Basis einer Friedensbewegung bilden). Die Parteien, von denen hier die Rede ist, scheinen zu übersehen, daß der Friedenskampf für eine kommunistische Partei umfassenden Charakter hat und auf einen allseitigen Kampf gegen den Imperialismus hinausläuft, gegen das System, das die Ursachen der Kriege unserer Zeit in sich trägt.

Der Einfluß der sozialdemokratischen Ideologie auf die Arbeiterklasse ist die Haupt-Barriere, der sich die KP Neuseelands gegenübersieht. Wir müssen diese Barriere durchbrechen, indem wir eine breite Einheitsfront der Arbeiterschaft herstellen, diesen ersten Schritt zu einem Bündnis des Volkes in Stadt und Land, einem Bündnis aller jener, die gegen die Kapitalsmonopole sind. Die Moskauer Deklaration von 1957 und die Erklärung der 81 Parteien von 1960 haben unserer Partei neue Perspektiven eröffnet, und wir haben kleine, aber bedeutsame Erfolge erzielt: der

allgemeine Einfluß der KP Neuseelands ist gestiegen und ihre Mitgliederzahl ist beträchtlich größer geworden. Wir hätten aber viel mehr erreicht, gäbe es nicht die wachsende Gefahr des Revisionismus. Gerade angesichts der immer günstigeren Bedingungen erlangt die richtige ideologische Einstellung entscheidende Bedeutung.

Die ideologische und taktische Haltung unserer Weltbewegung gegenüber der Sozialdemokratie - dort, wo diese noch immer einen mächtigen Einfluß auf die Arbeiterklasse und deren Verbündete ausübt - bereitet unserer Partei die größten Sorgen. Vor allem sind jene von Grund auf revisionistischen Theorien besorgniserregend, in denen die klassischen Theorien von Marx und Lenin über den Weg zur Überwindung von Kapitalismus, Imperialismus und Sozialdemokratismus als angeblich veraltet und unter den heutigen Bedingungen nicht anwendbar über Bord geworfen werden. Dadurch sind in unserer Weltbewegung weitverbreitete Schwächen bei der Behandlung der so lebenswichtigen Frage der Sozialdemokratie, ihrer Theorie und Praxis, entstanden. Infolge dieser Schwächen wird die Bedeutung der ideologischen Seite ignoriert und die Sozialdemokratie als echte sozialistische Strömung oder als etwas, das ohne grundlegende ideologische Wandlung als nützlicher Verbündeter im Kampf für den Sozialismus gewonnen werden könnte, betrachtet.

Das ist nicht nur gefährlich, weil es zur Verkennung der führenden Rolle unserer Parteien als der Parteien der Arbeiterklasse führt, sondern auch, weil es unvermeidlich das Tor öffnet für das Eindringen der sozialdemokratischen Ideologie in unsere eigenen Reihen. Wir werden so zu einem 'anfeuernden' linkssozialistischen Flügel, ohne zu sehen, daß auch die linke Sozialdemokratie noch immer eine Form der bürgerlichen Ideologie darstellt, die manchmal dem Klassenfeind ebenso nützlich ist wie die rechte Sozialdemokratie. (Bisweilen kann sie sogar noch nützlicher sein, wenn der Verrat an den Arbeiterinteressen durch kämpferische Reden bemäntelt wird.)

Unserer Meinung nach führen diese irrigen Theorien zu der Gefahr, daß die Taktik, mit den von der Sozialdemokratie beeinflußten Massen überall, wo dies möglich ist, zusammenzugehen, mit dem grundlegenden Ziel vermengt wird, die Köpfe der Arbeiter von der sozialdemokratischen Ideologie zu befreien und in ihnen die wahrhaft proletarische Weltanschauung wiederzuerwecken, was das Verständnis für die Richtigkeit unserer marxistisch-leninistischen Einstellung und demnach auch die bewußte Massenunterstützung für unsere kommunistischen Parteien zur Folge haben müßte. Im Tageskampf für die Arbeiterforderungen sowie im Kampf für die Sicherung des Weltfriedens müssen die Kommunisten auf jede nur mögliche Weise trachten, mit den Sozialdemokraten und den von ihnen beeinflußten Arbeitermassen eine weitgehende Aktionseinheit herzustellen. Gleichzeitig aber müssen die marxistisch-leninistischen Parteien in ideologischer Hinsicht eine klare Trennungslinie zwischen sich und den sozialdemokratischen Parteien ziehen und sich um die Gewinnung der ehrlichen Arbeiter für den konsequenten Klassenkampf gegen den Kapitalismus und für den Sieg des Sozialismus bemühen.

Man muß die Lehre Lenins, wonach der Sozialdemokratismus eine sterbende Ideologie ist, vollauf begreifen und sich der Schlußfolgerungen daraus inne werden, damit die führende Rolle unserer Parteien in solchen Ländern klar zum Vorschein kommt und sich geschmeidige Taktik mit Prinzipienfestigkeit verbinden. Wenn wir uns über all das nicht klar sind, geben wir Illusionen Raum, verwandeln die Einheitsfrontarbeit in einen Selbstzweck

und lassen unsere sozialistischen Ziele fallen. Die revisionistische Vermengung von Aktionseinheit und Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Massen (notfalls auch mit ihren Führern, den rechten oder den linken) einerseits und dem strategischen Ziel der Ausschaltung der sozialdemokratischen Ideologie aus den Reihen der Arbeiterklasse, kann lediglich zur Niederlage und zum Verrat an der Arbeiterklasse und an der Revolution führen."

STANDPUNKTE - STANDPUNKTE - STANDPUNKTE - STANDPUNKTE - STANDPUNKTE - STAND

Zu Ernst Fischers "PROBLEMEN DER JUNGEN GENERATION"

Daß der "Europaverlag" ein Buch von ERNST FISCHER herausgab, war für uns an sich erstaunlich, denn für kapitalistische Verlagsanstalten waren bisher die Werke von Kommunisten kaum tragbar; bessere Leistungen des Verfassers blieben von ihnen unbeachtet. Beim Studium des Buchs schwand unsere Verwunderung allerdings rasch dahin. Wir gelangten zur Überzeugung, daß Ernst Fischer nicht etwa deshalb für die Herausgeber salonfähig geworden ist, weil diese eine fortschrittliche Entwicklung durchgemacht hätten, sondern vielmehr deshalb, weil der Autor durch seine Auffassungen den kapitalistischen Interessen nicht mehr gefährlich ist.

Die Stärke des Buches liegt in der bekannten Fähigkeit Ernst Fischers, den Dingen in bestechender Manier Ausdruck zu verleihen. Jedes Vermögen birgt aber bekanntlich für seinen Träger auch Gefahren in sich. Im vorliegenden Falle scheint es uns die Gefahr des Ästhetizismus zu sein, das heißt der überspannten Erhebung des Schönen zum dominierenden Faktor des Urteilens und Handelns. Wir sind jedoch keine Bewegung von Schöngeistern, sondern eine solche zur Durchführung der proletarischen Revolution. Sosehr die Literatur eine der subtilsten Erscheinungen menschlicher Geistigkeit darstellt, so können wir doch nicht umhin, sie - wie alles andere - vom Aspekt dieser proletarischen Revolution aus zu betrachten. Täten wir dies nicht, so wären wir keine Kommunisten.

Im "Tagebuch" Nr. 11/63 spricht Ernst Fischer zwei Dinge aus, die in diesem Zusammenhang für uns ungemein interessant sind:

> "Kunst und Literatur sind zwar gesellschaftliche Phänomene, entsprechen aber nur ungefähr der Basis der jeweiligen gesellschaftlichen Situation... Die Fiktion einer für alle Marxisten verpflichtenden Ästhetik lässt sich nicht aufrechterhalten."

Mit Recht erwidert darauf Genosse BRUNO FREI in derselben Nummer mit Fragen, die die Antwort schon enthalten:

> "Besteht nicht die Gefahr, durch eine weitgehende Loslösung des Überbaues von der Basis zu einer Art Mystifizierung von Kunst und Literatur zu gelangen? Besteht nicht die Gefahr, aus dem Extrem der Vulgärsoziologen, die ein mechanisches Verhältnis von Basis und Überbau annehmen, in das Extrem der idealistischen Leugnung jeder Abhängigkeit zu verfallen? ... Wenn es keine für alle Marxisten verbindliche Ästhetik gibt, ja geben kann, was soll dann an ihre Stelle treten?"

Wo Genosse Bruno Frei aufhört, erlauben wir uns fortzusetzen.

Ernst Fischer hat deutlich ausgesprochen, wie er sich die Weiterentwicklung des Marxismus vorstellt. Ihm geht es um den Übergang vom "Monolog" zum "Dialog", d.h. um die "Anreicherung" des Marxismus mit Gedankenelementen der philosophischen Dekadenz, eine "Anreicherung", die so oder so zur Position eines verschämten Apologetentumes kapitalistischer Verhältnisse führen muß.

Der Versuch Ernst Fischers, den Marxismus in einer Art "anzureichern", die nur zu seiner Aushöhlung und Verwässerung führen kann, zeigt sich insbesondere im letzten Kapitel seines Buches, unter dem Titel "Europäische Perspektiven" meint er dort, im "Westen" sei nicht alles schwarz in schwarz und im "Osten" nicht alles rot in rot. - Was soll diese Feststellung? Nur sehr primitive Gemüter haben jemals die Vielschichtigkeit der Erscheinungen bezweifelt, aber wir Kommunisten haben doch das Wesentliche hervorzuheben und daran geht der Autor unabsichtlich oder absichtlich vorüber!

Natürlich wirft sowohl der Sumpf Blasen als auch der Gärungsprozeß, der zum Durchbruch des Neuen, Positiven führt. Die Vielfalt, in der sich der Tanz der Einzelereignisse abspielt, gestaltet das Werturteil für die Zeitgenossen oft schwierig. Wer ihnen aber hier mit der Patentantwort des "sowohl als auch" kommt, hilft ihnen nicht, sich dieses notwendige Werturteil zu bilden, sondern hindert sie daran, indem er den Qualitätsunterschied verwischt, auf den es ankommt. Gerade die Jugend, der wir uns verständlich machen wollen, wird sich kaum angesprochen fühlen, wenn wir ihr sagen: Wir sind gar nicht so gut, und die Leute, von denen ihr euch regieren lasst, sind gar nicht so schlecht. - Eine solche oberflächliche Darstellung mobilisiert nicht, sondern demobilisiert, verstärkt notwendigerweise die fatalistische Haltung, daß "eh alles gleich", "eh alles wurcht" sei, also gar keine Notwendigkeit tiefgreifender Änderungen existiere.

Was Ernst Fischer der europäischen Jugend über den Krieg zu sagen hat, wäre - käme es aus dem Munde eines Pazifisten - sehr lobenswert. Da er aber immerhin Mitglied des Zentralkomitees unserer Partei ist, berühren seine Ansichten sehr eigenartig. Sie lassen sich etwa so zusammenfassen: Der in eine neue Qualität eingetretene Krieg bedroht die Welt. Die Kriegsgefahr gehe von ein paar Wirrköpfen aus, die ziemlich gleichmäßig in der ganzen Welt verteilt seien. Lösung der Frage: Man müsse diese Narren daran hindern, auf den berühmten Knopf zu drücken. Kein Wort über die gesellschaftlichen Grundlagen aller Kriege, kein Wort über das cui bono - wem nützen sie, kein Wort über die Binsenweisheit, daß nicht der imaginäre Krieg die Welt bedroht, sondern daß vielmehr die Imperialisten, u.zw. speziell die amerikanischen, die Welt mit dem Kriege bedrohen!

Wir glauben nicht an den Narrenkurzschluß Einzelner, sondern an die Kraft der Völker. Wir sind daher auch nicht der Meinung, daß - so wichtig Verhandlungen auch sind - die Geschicke dieser Welt in "Camp David" entschieden werden. Wir haben darum auch nur eine Vernichtungs- und Untergangsüberzeugung,

die den Kapitalismus betrifft. Unsere Perspektive ist anders: Der siegende Sozialismus wird alles unternehmen, um den sterbenden Kapitalismus an der Entfesselung eines Krieges zu hindern, aber - und darin erblicken wir das Wesentliche - DER SOZIALISMUS WIRD SIEGEN, WAS IMMER AUCH GESCHEHEN MAG.

Die Schlußbetrachtung Ernst Fischers über Europa ist ohne Zweifel ein Bild dichterischer Schönheit. Es gehört aber nach unserer Auffassung eben in das Gebiet der Dichtung. Was er als zu erhoffende europäische Synthese bezeichnet, scheint uns eher ein Synkretismus müder Epigonen zu sein.

Übrigens sind seine Ausführungen auch nicht frei von Wesenszügen eines "zarten" Europachauvinismus. Der historische Aufbruch Asiens, Afrikas und Lateinamerikas wird unter "ferner liefen" vermerkt. Während diese Völker mit dem Weltimperialismus in einen Kampf auf Leben und Tod verwickelt sind, predigt Ernst Fischer, der ansonsten so viel von Wechselwirkung spricht, Freundlichkeit und Toleranz, sowie die Erziehung des Gegners zu diesen Eigenschaften.

Der revisionistischen Devise "Kommunisten und 'vernünftige' Kapitalisten schließt euch zusammen" setzen wir den Wahlspruch entgegen, der den objektiven Erscheinungen unserer Tage gerecht wird:

> PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE MASSEN DER KOLONIALEN UND HALBKOLONIALEN GEBIETE, VEREINIGT EUCH ZUM STURZ DES IMPERIALISMUS!

Schade um Ernst Fischer! Als Dichter hat er den "großen Verrat" einmal dramatisiert, als Politiker scheint er ihn nun zu praktizieren.

T.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, für die Vervielfältigung und für den Inhalt verantwortlich:
Franz STROBL, Wien 15., Goldschlagstraße 30/33.
P.b.b. - Erscheinungsort Wien - Verlagspostamt Wien 101